

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

[Telephon Nr. 419.]

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 190.

Dienstag, den 17. August 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des vorjährigen Parteitages findet der diesjährige in Hamburg statt.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-Organisation beruft die Parteileitung hiemit den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag den 3. Oktober

nach Hamburg in das Etablissement „Lüttge“, Valentinskamp, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag den 3. Oktober, Abends 7 Uhr, Vorversammlung, Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung, Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.

Montag, den 4. Oktober und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des geschäftsführenden Ausschusses. Berichterstatter: A. Gerisch u. W. Pfannkuch.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meißner.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: M. Schippel.
4. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Berichterstatter: A. Bebel.
5. Die Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen. Berichterstatter: J. Auer.
6. Die Waisener 1898. Berichterstatter: H. Förster.
7. Bericht über den Arbeiterschuttskongress in Zürich. Berichterstatter: H. Wolfenbühler.
8. Organisation. Berichterstatter: J. Auer.
9. Anträge zum Programm und zur Organisation.
10. Sonstige Anträge.

Parteigenossen! Wir fordern Euch nun auf, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, insbesondere die Wahl der Delegirten und die Einreichung der Anträge rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge müssen spätestens am 17. September in Händen des geschäftsführenden Ausschusses, Adresse:

W. Pfannkuch,

Hamburg-Eimsbüttel, Eichenstr. 4, I, sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz 2 der Parteiorganisation im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vertrauensmannes, falls sie zur Veröffentlichung und Berathung gelangen sollen.

Die Adresse des Lokalkomitees ist:

G. Blume,

Hamburg-Eimsbüttel, Wismarstr. 10, II.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem geschäftsführenden Ausschuss und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mittheilung zu machen, damit dieses in Bezug auf Quartiere u. die nothwendigen Vorbereitungen treffen kann.

Mandatsformulare, mit deren Versendung Mitte September begonnen wird, sind durch das Bureau des geschäftsführenden Ausschusses, Hamburg-Eimsbüttel, Eichenstr. 4 I, zu beziehen.

Die Genossen, welche Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige, den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts“ noch in der dem Parteitag vorzuliegenden gedruckten Vorlage Aufnahme finden können. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag entweder persönlich zu vertreten oder durch befreundete Genossen vertreten zu lassen; außerdem empfiehlt es sich, wichtige Anträge vor dem Zusammentritt des Parteitages in der Parteipresse zu erörtern. Die Motive aber in die Parteitagsvorlage aufzunehmen, verbietet sich aus räumlichen Rücksichten und um der damit verknüpften unvermeidlichen Wiederholungen willen.

Hamburg, den 14. August 1897.

Mit sozialdemokratischem Gruß:

Der geschäftsführende Ausschuss.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Für die Theilnahme der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen spricht sich der Genosse **Webel** in der „Neuen Zeit“ aus. Zur Begründung dieser von seinen früheren Anschauungen abweichenden Stellung führt **Webel** aus: „Was immer wir gegen die Bourgeoisie auf dem Kirchhofe haben, gegenüber diesem raubthätigen, gewaltthätigen, fortschritt- und kulturfeindlichen Junkertum, das der Fluch Deutschlands ist, repräsentirt sie die moderne Welt und die modernen Ideen. Wir haben dem Kampfe der Bourgeoisie und im weiteren Sinne des Bürgerthums gegen das Junkertum und eine seinen Macht- und Raubgelisten freundlichen Staatsgewalt nicht gleichgültig gegenüber zu stehen, sondern wir müssen sie unterstützen und ihr beistehen.“ Die Dinge hätten einen Lauf genommen, daß ferneres passives Verhalten zu einem der größten Fehler würde, den die Sozialdemokratie begehen könnte. Man müsse von den bürgerlichen Kandidaten, für die die Sozialdemokratie eintreten wolle, die Verpflichtung auf gewisse Mindestforderungen verlangen. Die Sozialdemokratie könne aus eigener Kraft auch nicht einen Kandidaten durchbringen. Darum seien Kompromisse angezeigt. Und zwar solle die Partei eigene Wahlmänner aufstellen, wo sie sich stark genug fühle. Denn ein Abgeordneter der eigenen Partei sei mehr werth, als ein Duzend Abgeordnete der nächststehenden Parteien. Die Entscheidung über die Kompromisse müsse in die Hände eines Zentralwahlkomitees gelegt werden.

Die **Freisinnige Vereinigung**, die Partei der Gory und Kollegen, geberdet sich in ihre Presse mit jedem Tage marineenthusiastischer. So bringt das „Berl. Tagebl.“ ohne jeden Vorbehalt einen spaltenlangen Artikel zur Verherrlichung des neuen Staatssekretärs des Marineamts **Tirpitz**. Das „Berl. Tagebl.“ kennt zwar die Pläne des Herrn **Tirpitz** nicht, aber es billigt sie und ergeht sich deshalb in allgemeinen schwingvollen Redensarten über die Erfahrung, die weise Voraussicht und die maßhaltenden Absichten des Herrn **Tirpitz**. Zugleich wird fälschlicherweise die von Herrn **Hollmann** dem Reichstag überreichte Denkschrift als eine Dezernatsarbeit bezeichnet, welche weder dem Kaiser noch dem Fürsten **Hohenlohe** vor ihrer Veröffentlichung bekannt gewesen sei. Dem unwissenden Verfasser des Leitartikels ist es unbekannt, daß der Reichskanzler **Fürst Hohenlohe** am 8. März in der Budgetkommission des Reichstags erschien und über jene Denkschrift wörtlich erklärte: „Auch meinerseits halte ich es für eine unabweisliche Aufgabe des Reichs, nach Maßgabe der in jenem Schriftstück enthaltenen tatsächlichen Angaben eine den Bedürfnissen der Landesverteidigung, den Anforderungen des auswärtigen Dienstes und dem Schutz des deutschen Handels genügende Flotte zu schaffen und zu erhalten.“

Wenn der Verfasser des Leitartikels, wie er sich den Anschein giebt, von den Absichten des Herrn **Tirpitz** Kenntniß hätte, so sollte er statt des langen Gefalbaders einfach erklären, ob die Pläne des Herrn **Tirpitz** in ihrem Gesamtumfang hinter den Plänen der Denkschrift zurückbleiben, oder noch über dieselben hinausgehen. Der Leitartikel des „Berl. Tagebl.“ aber versteigt sich auch zu der Erklärung, daß ebenso wie **Tirpitz** die Herren von **Blow** und von **Thielmann** nach „Kenntnissen und Charakter Männer erster Klasse“ seien, keine Streber und nicht getragen von Gunst in der Beförderung. Merkwürdig, daß bis zu der Ernennung derselben niemand in der Öffentlichkeit auf den Gedanken gekommen ist, einer der Genannten würde demnach berufen werden können, an die Spitze eines Reichsressorts zu treten.

Schutz gegen Schulkente. Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht die „Köln. Ztg.“ an leitender Stelle folgenden Artikel:

„Nur zu viel besprochen werden nachgerade die Ausschreitungen, die sich Beamte der Schulkente zu Schulden kommen lassen. In den letzten Monaten ist vielfach über Vorkommnisse solcher Art geklagt worden, und hier und da ist die Meinung aufgenommen, daß der ruhige Bürger eines Schutzes gegen den Beamten bedürfe, der ihn zu schützen befehligt ist. Bei der Berathung der Novelle zum deutschen Straf-Gesetzbuch von 1870 hat **Fürst Bismarck** in einer seinerzeit vielbeachteten Rede im Reichstage auf den Unterschied hingewiesen, der in dem Verhalten des englischen und des deutschen Publikums gegenüber dem

Exekutivpersonal bestehe; in England, so führte der **Altreichskanzler** aus, nehme das Publikum für den Beamten und gegen den Verbrecher Partei, in Deutschland sei das Gegentheil der Fall. Ob denn in der That so ist, kann dahin gestellt bleiben; wer den Vorgängen einmal beigewohnt hat, die eine Verhaftung in London zu begleiten pflegen, dürfte kaum geneigt sein, die Wichtigkeit des Tages im Allgemeinen zuzugeben. Thatsache aber ist, daß das Verhältnis zwischen der Polizei und dem Publikum in England besser ist als in Deutschland, und dies ist nicht in letzter Linie darauf zurückzuführen, daß Ausschreitungen der Art, wie wir sie in Deutschland fast zu den alltäglichen Erscheinungen rechnen müssen, in England unbekannt sind. Das englische Volk würde sich auch einen Beamten, der grobe Ausschreitungen begangen hat, nicht länger gefallen lassen, und seine Regierung würde jenseits des Kanals daran denken, einen solchen Beamten noch im Dienste zu behalten. Das ist leider bei uns anders; eine vollständig falsche Auffassung von dem Begriffe der Staatsautorität weiß es zu ermöglichen, daß man in gewissen Kreisen für eine strafbare Handlung nachsichtiger und milder gestimmt ist, als für den Uebergriß des Beamten, und eine nicht scharf genug zu verdamnende Mißachtung der staatsbürgerlichen Rechte und Befugnisse hat je länger je mehr dazu geführt, daß die Verurteilung einer Verknüpfung fast bei jeder Klasse verurtheilter Personen so häufig eintritt wie bei den Schulkenten, die wegen Mißhandlung im Sinne gerichtlich bestraft worden sind. Es liegt nahe, die sich täglich mehrende Zahl dieser Ausschreitungen zum Theil aus dem Umstände zu erklären, daß die Vergnügung der dieserhalb verurtheilten Personen so häufig in Vorschlag gebracht wird, und den Justizministern, der die Verantwortlichkeit für diese Vergnügungen nicht ablehnen kann, trifft daher ein Theil der Verantwortung, wenn da und dort gerade die Hüter des Gesetzes es sind, gegen die der Bürger des Schutzes am meisten bedürftig zu sein glaubt. Gewiß kommen auch in den süddeutschen Staaten derartige Ausschreitungen vor, aber ihre Zahl ist im Verhältnis viel kleiner als in Preußen, und dazu kommt als wesentlicher Unterschied in Betracht, daß dort die gerichtlich erkannte Strafe auch regelmäßig verhängt wird, und das man solche Muster von Beamten, wie sie nicht sein sollen, auf dem kürzesten Wege aus dem Dienste entläßt.“

Hoffentlich macht dieser Nothschrei des Blattes, das durch seine gemäßigte Haltung und durch seine Willfährigkeit und sein Entgegenkommen allen Regierungen gegenüber bekannt ist, einigen Eindruck in denjenigen Kreisen, für die diese Auseinandersetzungen in erster Linie bestimmt sind.

Der **jagende Regierungspräsident**. Der Regierungspräsident v. **Lepper-Laski** hat am Pfingstfeste im Walde zwischen **Battenfeld** und **Dodenan** der Jagd obgelegen. Die **Kreisynode** **Gladenbach** hat dieses Verhalten des höchsten Beamten des Bezirks „um so ernster“ getadelt, „als die Kreisynode **Wiedenlopf** wie die **Bezirksynode** sich schon voriges Jahr gegen die gleiche Pfingstheiligung des genannten Herrn wenden mußten. Die Wiederholung des selben Vergernisses müssen wir für eine bewusste Verachtung der öffentlich zum Ausdruck gebrachten religiösen Gefühle der Bevölkerung halten.“

Darauf hat das **Konsistorium** in **Wiesbaden** der Synode zu **Gladenbach** auf ihren vorigjährigen Beschluß den folgenden Bescheid ertheilt: „Auf die von **Pfarrer Groß** eingebrachte Resolution der Synode gegen den Herrn **Regierungspräsidenten** bemerken wir, daß im dortigen Kreise die Ausübung der Jagd an Sonn- und Festtagen nicht durchaus untersagt ist, sondern nur die Jagd mit Treibern vor beendigtem Nachmittags-gottesdienst. Hiermit ist für uns die Sache erledigt. Im übrigen müssen wir es ernstlich tadeln, daß die Synode in einer über das Maß der sachlichen Kritik hinausgehenden ungehörigen Weise die Handlung des ersten Beamten unseres Bezirks einer Beurtheilung unterzogen hat.“

Der **Reichsbote** ist über den Bescheid des Konsistoriums sehr ungehalten. Die **Kreisynode** hätte nicht von Verflüssen gegen das Jagdpolizeigesetz geredet, sondern von einem Vergerniß, das das religiöse Gefühl der Bevölkerung an dem Verhalten des ersten Beamten des Bezirks genommen hätte. Dieses religiöse Gefühl, resp. das christliche Bewußtsein habe seine Normen nicht im Polizeigesetz, sondern in Gottes Wort, und dessen Autorität aufrecht zu erhalten, sei die Aufgabe der evangelischen Kirche und ihrer Institutionen, also auch der Synode. „Hätte irgend ein gleichgültiger Mensch am ersten heiligen Pfingsttag dort gejagt, so würde das niemand weiter erregt haben; aber daß es der erste Beamte der Obrigkeit thut, von der die Kirche lehrt, daß sie Gottes Ordnung ist und daß ihr Ehrerbietung und Gehorsam zu leisten sei, das war es, was Anstoß erregte, und da die Autorität der Obrigkeit großentheils auf der in Gottes Wort begründeten und von der Kirche gelehrten Anschauung von der Obrigkeit beruht, so sollten die Beamten der Obrigkeit dieses religiöse Bewußtsein des Volkes respektiren. Wenn die

Synode einen solchen Fall, den ihre Gemeinden als ein Vergerniß empfinden, beachtet und diesem Vergerniß Ausdruck giebt, so thut sie unseres Erachtens ihre Pflicht, und die Gemeinde würde es nicht verstehen, wenn sie das ganz ignorierte."

Das Stöckerische Volk bemerkt zu dem Bescheide der Synode: "Wir möchten wohl wissen, ob Dr. Martin Luther den Synodalbeschluss auch als „ungehörig“ und „über das Maas sachlicher Kritik hinausgehend“ bezeichnet hätte. Wir vermuthen, daß er sich mit etwas kräftigen Worten gegen eine andere Stelle wenden würde."

Zur nächsten Reichstagswahl schreibt man der „Volks-Zeitung“ aus Westfalen:

Im Wahlkreise Bochum - Gelsenkirchen - Gattungen rüsten sich die einzelnen Parteien - Sozialdemokraten, Centrum und Nationalliberale - zur nächstjährigen Reichstagswahl. Die Sozialdemokraten werden wieder Lehmann, Dortmund aufstellen und hoffen sicher, dieses Mal in die Stichwahl zu kommen, was ihnen auch wohl bei der Unzufriedenheit der Bergarbeiter gelingen wird. Die große Ausbeute, die hohen Dividenden und die reichlichen Abschreibungen - im Vergleich zu den kaum merklichen Lohnsteigerungen - haben bei den Bergarbeitern eine sehr gereizte Stimmung erzeugt, die durch die Nichtbewilligung der zehnprozentigen Lohnerhöhung noch gesteigert ist. Gerade die Arbeiter, auch die Christlich gesinnten, denn überzeugungsvolle Sozialdemokraten sind hier noch nicht so viele, werden durch die Wahl eines Sozialdemokraten ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen an den Tag legen. Sehr schwer wird es für die Nationalliberalen sein, sich die Stichwahl zu sichern. Bis jetzt haben nur die konfessionelle Brandtsackel und der Druck der nationalliberalen Arbeitgeber dem hinsichtlich der Nationalliberalismus die nöthige Kraft verliehen, noch mit einem ziemlichen Erfolge in den Wahlkampf zu treten. Die Machinationen mit den Stimmgeldern und die gut fundirten Wahlfonds der liberalen Arbeitgeber werden die Arbeiter nicht mehr betören. Man sieht dies im nationalliberalen Lager auch wohl ein und ist deshalb sehr bemüht, das Mäntelchen der Arbeiterfreundlichkeit so nach und nach herauszuziehen. Ob es den Herren etwas nützt? Das Centrum hofft, mit den Sozialdemokraten in die Stichwahl zu kommen. Geschieht dies, so ist an ein Durchkommen erst recht nicht zu denken, denn bei den bestehenden scharfen konfessionellen Gegenätze im hiesigen Wahlkreise wird kein nationalliberaler Wähler einem Centrumskandidaten seine Stimme geben. Der Sieg der Sozialdemokraten würde also auch bei der zuerst erwähnten Möglichkeit nicht beeinträchtigt werden. Nur würde für die Sozialdemokraten der Wahlkampf ein sehr gefährlicher werden, wenn die Absicht des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter eine greifbare Form annähme. Von verschiedener Seite taucht in diesem Vereine die Kandidatur eines „Christlichen Arbeiters“ auf. Würde eine Einigkeit zwischen Nationalliberalen und Ultramontanen in dieser Weise erzielt, so würde der Sieg der Sozialdemokratie gefährdet sein. Ehe aber die Möglichkeit eines solchen Zusammengehens sich vollzieht, müssen noch manche Wege geebnet werden.

Eine Million. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat für die durch die Ueberschwemmungen der letzten Wochen aufs Schwerste geschädigten Unglücklichen eine Hülfssumme von einer Million Mark bewilligt. Nach sehr warmen und treffenden Worten des stellvertretenden Vorsitzers der Versammlung ist die Bewilligung ohne jede Debatte auf Grund eines einstimmigen Beschlusses erfolgt. Diese That der werththätigen Nächstenliebe gereicht der Stadtvertretung zum Ruhme.

Die „Volksztg.“ bemerkt dazu noch: Es giebt Leute, Dunkelmänner von bekannter Sorte, die sich nicht genug darin thun können, Berlin als einen Herd von Sündhaftigkeit und Niedertracht hinzustellen, als eine Stätte der Unsittlichkeit, vor deren Betreten man jeden guten, oder wenigstens doch jeden frommen Menschen eindringlich warnen müsse. Es giebt muckerische Reiseapostel, die in den Provinzen gegen das Sündenbabel an der Spree mit den ausgestankten Lügen hegen, vielleicht weil die „gottlosen“ Berliner die zahlreichen neugebauten Kirchen nicht genügend füllen oder die ewig hungrigen Sammelbüchsen der Stöckerischen Inneren Mission nicht bis zum Ueberlaufen vollstopfen. Und die eifrige Berleumdungsbetriebsamkeit jener Zeloten hat es denn auch dahin gebracht, daß ihnen manche thörichte Leute in den Provinzen das Märchen von der Verworfenheit der ungläubigen und gottverdammten Reichshauptstadt gläubig nachplärrten. Eine That, wie sie die Berliner Stadtverordnetenversammlung gethan, strafft alle böshafte Ausstreunungen Lügen. Sie beschämt Berlins muckerische Verläumder, wie sie alle diejenigen beschämt, die da meinen, der Staat dürfe gegenüber dem grenzenlosen Elend die Hände in den Schooß oder vielmehr fest auf die dreimal verschlossenen Staatskassen legen.

Freilich: die That werththätiger Nächstenliebe, von der wir hier sprechen, ist geplant und vollendet worden von Liberalen, Demokraten und christlichen Sozialdemokraten; sie ist vollzogen worden ohne frömmelnde Phrasen, ohne tartüffigen Augenaufschlag, ohne Berufung auf konfessionelle Verpflichtungen. Rein aus dem menschlichen Mitleid ist sie entsprossen für Unglückliche, die man selbst nicht fragt nach ihrer Konfession, nach ihrem Glauben, nach ihrer äußeren Frömmigkeit, nach ihrem politischen Bekenntniß, und es mögen deshalb unsere Frömmlinge der Meinung sein, die That sei nicht in dem richtigen Geiste erfolgt. Doch getrübe sich die Berliner Stadtverordneten-Versammlung ob solcher Beklitterung und Bekrittlerung ihres wahrhaft humanen Thuns mit dem

Bewußtsein, zu rechter Stunde das Nichtigste getroffen zu haben! Der freudige Herzensbank der Unglücklichen da draußen in den nothleidenden Distrikten ist der Reichshauptstadt sicher. Die dunklen Jammerseelen aber, die an der Verleumdung des guten Rufes des verhassten „Demokratennestes“ im Interesse ihrer lichtfeindlichen humanitätswidrigen Bestrebungen systematisch arbeiten, rufen wir öffentlich zur Scham.

Eine für Dienstherrschaffen wie Dienstboten wichtige Entscheidung, die ihrer prinzipiellen Grundlage wegen auch über den Gerichtsbezirk hinaus, in welchem sie getroffen wurde, allgemein von Bedeutung ist, hat vor Kurzem das hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg gefällt. Der Sachverhalt ist folgender: Ein Dienstmädchen war auf sechs wöchentliche Kündigung angestellt. Eines Tages weigerte sie sich, eine ihr von der Dienstherrin übertragene Arbeit auszuführen, worauf die Frau erklärte, sie sei zwar berechtigt, sie (das Mädchen) sofort zu entlassen, wolle aber davon Abstand nehmen und sie noch 14 Tage lang behalten. Dies geschah auch. Das Mädchen wandte sich jedoch nun an das Gericht und verlangte die Zahlung eines vollen Monatslohnes sowie ein Kostgeld von einer Mark pro Tag. Diefem Klage-Antrag entsprach dann auch sowohl das Amtsgericht wie das in zweiter Instanz angerufene Landgericht mit der Begründung, daß die Dienstherrschaft zwar berechtigt sei, das Mädchen bei Ungehorsam sofort zu entlassen, daß aber, wenn eine spätere Entlassung, also Kündigung, erfolgen solle, nicht zu jedem beliebigen Tage, sondern nur zu der kontraktmäßig festgesetzten Kündigungszeit erfolgen dürfe. Daher sei dem Mädchen nicht nur der vertragsmäßige Lohn, sondern auch das Kostgeld zu zahlen. Bei diesen Entscheidungen beruhigte sich aber die Herrschaft nicht, sondern rief auch noch das Urtheil der höchsten Instanz, des hanseatischen Oberlandesgerichts, an. Dieses bestätigte die beiden Vorentscheidungen, wobei es in seiner Urtheilsbegründung ausführte: Bei den jetzt üblichen kurzzeitigen Dienst-Mietverträgen auf Monatsdauer mit vierzehntägiger Kündigung mußte dem entlassenen Dienstboten mindestens neben dem laufenden bzw. verdienten Lohn in gleicher Höhe für einen weiteren Monat zugewilligt werden. Das Urtheil hat - vom Oberlandesgericht in Hamburg gefällt - auch für Lübeck Gültigkeit.

Die deutschen Hauspächter waren dieser Tage in Leipzig verammelt, um sich über ihre Interessen zu beraten. Es fand da nämlich ein Verbandsstag der städtischen Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands statt, und neben der Beschäftigung mit andern schönen Dingen hat man auch seinen Groll über die sogenannten billigen Arbeiterwohnungen und dergleichen Dinge freien Lauf gelassen. Der Hausbesitzerverein von Altona wies in einem Antrag auf die unglückliche Wirkung hin, welche die Baugenossenschaften, Volksbaugesellschaften u. auf den Privat-Grundbesitz ausübe. Der Leipziger Hausbesitzertag sollte darum beschließen:

„Jedliche Forderungen anlagiger staatlicher Vergünstigungen (Gelder aus Invalidentät- und Altersversicherungsinstituten) für solche Genossenschaften, soweit gesetzlich zulässig, zu bekämpfen und besonders allen Theilnehmern des diesmaligen Verbandstages, die einer städtischen Verwaltung angehören oder später angehört sein sollten, anzupfehlen, daß derartige Genossenschaften keinerlei kommunale Vorrechte einzuräumen seien, insbesondere nicht bei Erwerbung von der Kommune gehörenden Hauptplätzen, oder bei Hergabe billiger Gelder aus kommunalen Sparkassen, es sei denn, daß dieselben Vorrechte auch ausdrücklich den Privatgrundbesitzern oder solchen, die es werden sollen, zugestanden würden.“

Dieses schöne Thema wurde dann noch hin und her besprochen. Man müßte die Arbeiter auf die Selbsthilfe verweisen, und es gäbe in den großen Städten überhaupt genug kleine Arbeiterwohnungen, und durch solche Bestrebungen werde der alte Grundbesitz in der inneren Stadt entwerthet u. s. w. Aber da fand sich leider so einer, der eigentlich gar nicht in die Junst gehörte, so ein Seminar-Oberlehrer aus Hamburg, der machte auf die Wirkung dieser Beschlüsse und Debatten auf die Außenwelt aufmerksam und - schrecklich zu sagen - dieser Auck-Hausbesitzer nannte seine Kollegen Hausagrarien. Das wirkte denn so weit, daß man die Sache auf den nächsten Verbandsstag vertagte. Nun, jedenfalls hat die Mitwelt einmal wieder das amüsante Schauspiel gehabt, zu sehen, wie prinzipienfest die „Hausbesitzer“ auf ihrem Goldsack sitzen, auch wenn es sich nur um so kleine, bescheidene Reformen, wie die „billigen Arbeiterwohnungen“ handelt. Wozu braucht der Arbeiter denn billig zu wohnen? Dadurch wird der Grundbesitz der inneren Stadt entwerthet.

Vernünftige Anschauungen. Aus Anlaß der noch immer nicht beendigten Massenstreiks in Delmenhorst schreiben die Oldenburger „Nachrichten für Stadt und Land“ u. A.:

„Die Tendenz der Fabrik ist klar. Ihr liegt an einer aufgestellten Arbeiterkraft nichts - sie will mit solch ungebildeten, urtheilslosem Volk weiter arbeiten, wie früher; der Zeitgeist ist der Fabrikleitung ungenügend. Anders denkt die Bürgerkraft, anders denken die Behörden in Delmenhorst. Die verheirateten Arbeiter wachsen in neue Verhältnisse hinein, sie haben Antheil zu nehmen an den Rechten und Pflichten der übrigen Einwohner, und je aufklärter, verständiger und geistvoller sie sind, um so mehr werden sie brauchbare Glieder des Gemeinwesens werden. Eine nichts bestehende, unfähige, dumme Masse ist für das Gemeinwesen eine Last, die um so mehr anwächst, je schlechter die wirtschaftliche Lage der Leute ist. Wir wissen uns fern von der Weltanschauung der Sozialdemokratie, die in diesem Streik ja das Karmelid sein soll, das angefangen hat. Aber wir vertreten es als eine notwendige Forderung für die Stadt Delmenhorst, daß die sich anjedende Arbeiterkraft aus dem schmutzigen Dunstkreis polnischer Lastthier-Menschheit

herauswächst. Das Kullwesen mag wohl der Fabrik Vorthell bringen, obgleich wir das bezweifeln, nicht aber die Gemeinde.

Delmenhorst ist eine kleine Stadt. Dort spürt man die Folgen des Stillstands mittelbarer als anderswo. Wir wollen deshalb nicht unterlassen, durch Abdrucken obiger Sätze die Lübecker Bevölkerung auf die dort herrschenden Anschauungen aufmerksam zu machen. Delmenhorst in Lübeck macht sich die von dem famosen Arbeiterverband geförderte Tendenz mehr und mehr bemerkbar, die ansässige, aufgeklärte, verständige und gefitt Arbeiterkraft zu verdrängen und durch eine aus den dunkelsten Gegenden Deutschlands und des Auslandes herangezogene, bedürfnislose Masse zu ersetzen. Und das geschieht nicht aus Interesse für das Lübeckische Gemeinwesen, sondern einzig und allein in majorem capitalion gloriam, dem Egoismus des skrupellosen Geldsacks Liebe. Müge man an maßgebender Stelle Obiges beherzigen und sich durch die Spuren schrecken lassen!

Ueber die Sozialdemokratie in Elbisch-Lothringen schreibt die ultramontane „Köln. Volksztg.“:

„Die Wahlerfolge der Sozialdemokraten bei den jüngsten Bezirkswahlen (Wiederwahl des Sozialdemokraten Böhle im Straßburger Distrikt und Wahl des sozialdemokratischen Reichstagsvertreters für Mühlhausen, Ueb, im Bezirk Markkirch) geben hiesigen Blättern Anlaß, den Sozialdemokrat für die nächsten Reichstagswahlen in den Reichslanden große Erfolge in Aussicht zu stellen. Ein Blick in die offizielle Meldungsstatistik lehrt allerdings, daß die Sozialdemokratie den letzten zehn Jahren in den Reichslanden erheblich an Umfang gewonnen hat. Bei den Reichstagswahlen von 1887 wurden in ganz Elbisch-Lothringen nur 978 sozialdemokratische Stimmen abgegeben: 570 in Mühlhausen, 103 in Straßburg. Bei der Wahl von 1890 stieg diese Ziffer schon auf 1918 an sich drei Jahre später, 1893 bei der Reichstagsauflösung mehr als zu verdoppeln: 4618. Während 1890 von den reichsständischen Wahlkreisen nur fünf sozialdemokratische Stimmen anhielten: Mühlhausen 9749, Straßburg-Stadt 4773, Straßburg-Land 91, Forbach-Saargemünd 887 und Metz 717, wies bei der letzten Reichstagswahl von 1893 alle reichsständischen Wahlkreise bis auf die Kreise Barmen und Saarburg sozialdemokratische Stimmen auf. Mühlhausen, das 1890 von den Sozialdemokraten mit 9749 Stimmen erobert worden war und der Weber Hidel in den Reichstag gewählt hatte, wählte mit 1215 Stimmen den sozialdemokratischen Abgeordneten Ueb, und Straßburg, wofelbst im ersten Wahlgang 6208 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden waren, siegte in der Stichwahl Uebel. Im Uebrigen weisen die einzelnen Kreise folgende sozialdemokratische Minderheiten auf: Markkirch-Thann 8448, Colmar 1969, Gebweiler 2458, Hayspostweiler 1900, Schleitthal 175, Molsheim-Erstein 3103, Straßburg-Land 4028, Haguenau-Weisenburg 2063, Saargemünd-Forbach 4724, Diederhofen 500, Metz 3458. Die sozialdemokratischen Vertreter aus dem Reichslande haben im Reichstage nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie ihre Erfolge in den Reichslanden überwiegend dem dortigen Unzufriedenheit mit der (Diktatur-Paragraf) und der Unzufriedenheit mit der Volkskraft verdanken. Dazu kommen noch besondere Maßregeln, die unseres Erachtens der Sozialdemokratie nur nützen können. Wenn z. B. dem Abgeordneten Uebel nicht gestattet wird, seinen Straßburger Wählern Bericht zu erstatten, und sogar eine auf habschischen Boden, nach den beachtlichen Reich, einberufene Versammlung verhindert wird, dann kann es leicht kommen, daß bei der nächsten Reichstagswahl die Sozialdemokraten noch größere Erfolge erzielen als 1893. Würde man in Elbisch-Lothringen den Ausnahmestatus nicht, nachdem ein Vierteljahrhundert seit der Wiedergewinnung verstrichen ist, endlich aufheben, so würde zweifellos die Weizen der Sozialdemokraten nicht so äpptig in die Falme schießen.“

Ein recht leichter Trugschluss! Bekanntlich ist seither keine Partei so energisch für die Aufhebung des Ausnahmestandes eingetreten, als die Sozialdemokratie, weil grade sie auch am meisten darunter zu leiden hat. Sollte sie Bewegungsfreiheit bekommen, so würde sie bei ihren Fortschritten nur mit etwas weniger Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Aber der Fortschritt ist ihr auch dann sicher.

Ein Kapitel vom Taubenschießen. Mecklenburg hat - so schreibt man der „Volksztg.“ - vor anderen Staaten des Deutschen Reiches mancherlei Eigenthümlichkeiten voraus, zumeist keine erfreulichen, und hierher gehört auch die bisher immer geduldeten Unsitte, daß im Seebad Heiligendam dem „elben“, oder besser „elenden“ Sport des Taubenschießens gehuldigt werden darf. Mit vollem Recht trat man diesem thierquälerischen und rohen Treiben in weitesten Kreisen entgegen. Aber in Mecklenburg - und nur hier - konnte diese Unsitte weiter fortbestehen. Die mecklenburgischen Thierquälereien wurden nicht müde, auf diesen schändlichen „Sport“ hinzuweisen und seine Beseitigung zu verlangen. Endlich unterm 16. Juli d. Js. wurde vom Großherzoglichen Amt zu Doberan folgende Polizeiverordnung erlassen:

„Nach eingeholter Ermächtigung seitens des hohen Großherzoglichen Ministeriums des Innern wird die nachstehende Polizeiverordnung zur allgemeinen Kenntniß gebracht:

- 1) Innerhalb des Bezirks des Großherzoglichen Amtes Doberan ist das Preis- und Wetttschießen auf Tauben verboten.
- 2) Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.
- 3) Die Strafe kann durch polizeiliche Verfügung festgesetzt werden.

Doberan, den 16. Juli 1897.

Großherzogliches Amt.
Die Freude, durch vorstehende Verordnung dem Taubenschießen ein Ende bereitet zu sehen, erwies sich aber als trügerisch, denn wenige Tage später konnte - recht bezeichnend für mecklenburgische Verhältnisse - am Heiligendam unter den Augen der Gendarmen lustig weiter geschossen werden. Der Amtsverwalter Detmering, derselbe, der die vorstehende Verordnung veröffentlichte, gestattete das Schießen als „bloßes Übungs-schießen auf Tauben“. Man sollte es nicht für möglich halten! Wozu denn in aller Welt nur solch ein Übungs-schießen? Der Hofstocker Thierquälereien wollte das Ungeheuerliche dieser Meldung nicht glauben und richtete deshalb an das Großherzogliche Amt zu Doberan folgende Anfrage:

Arbeitseinstellung. In der Fabrik von Fricke u. Co., Weidinger Allee, legten heute Morgen sämtliche dort beschäftigten Wütcher, 10 an der Zahl, wegen Lohnunterschied die Arbeit nieder. Es handelt sich um einen Abwehrstreik. Die Wütcher werden ersucht, sich hiernach zu richten.

Tivoli-Theater.

Das Programm für Sonntag war außerordentlich reichhaltig. Als Nachmittags-Vorstellung gab es „Schneewittchen“, als Abend-Vorstellung „Das Schloss am Meer“ und „Der liebe Onkel.“

Der Autor von „Das Schloss am Meer“ Oscar Walter hat es auf die Thränenrücken abgesehen und hierauf seinen Erfolg begründet. Und in der That, die Talente in den Parkettreihen kamen gar nicht zur Ruhe. Nur einer gewissen dramatischen Macht ist sonst aber auch nichts an dem Stück zu loben. Von rein menschlichem Standpunkt ist es geradezu unannehmlich. Die erste Hälfte des ersten Aktes enthält Gespräche, die auf die Handlung gar keinen vorbereitenden Einfluss haben. Man könnte höchstens sagen, sie sollen den Charakter der Mitspielenden erklären. Aber die will man durch Handlung erklären, nicht durch Phrasen und Reden. Geradezu peinlich wirken die Szenen, die in Schnelher Weise dem Stückensteller nachgebildet sind. Der Vagabund ist ein Mann, der bewußt handelt. Er ist ein pädagogisches Gewebe, das den Charakter einer Heidin bricht, heilt, erzieht, erwehrt, küttert. Der ihm nachgebildete Felsberg in „Schloss am Meer“ redet, spricht, handelt, macht Phrasen, redet von seinem eigenen Verdienste, alles so schön rührselig, so schön zu Herzen gehend — klein blauen sozialistisch angehaucht, aber nicht zu viel, denn das wäre unschön — von innerer Nothwendigkeit aber nirgend eine Spur. Wenn er doch wenigstens noch Eigensinn, Härtsigkeit oder Trotz hätte, so wären dies zwar Charakterschwächen und Fehler, aber sie kennzeichnete doch einen Menschen von Fleisch und Blut. Da sieht nun so ein Mann seine Frau — die er liebt — aus dem Haus, bloß weil ein lieber Vetter und Jugendfreund sie beim Abchied küßt. Denn daß er dies im Augenblick wahnsinniger Eifersucht, in unüberlegter Wuth gethan haben sollte, geht nirgend aus dem Stück hervor, ja würde die folgenden Akte vollständig unmöglich machen. Auch der Darsteller dieser Rolle (Herr Hochberg), von dem ich annehme, daß er dies alles sorgsam durchdacht, ließ diese Auffassung gar nicht aufkommen in seiner Darstellung. Und doch war dies noch der einzig entschuldigbare Grund für die Gemeinheit seiner Frau, ja der ganzen gräßlichen Familie gegenüber. Und nun gar: So lange er reich ist, spielt er den Herrlichen, der nicht einmal sein Kind sehen will, ja verachtet. Als er jedoch verarmt ist, kommt er bei seiner — inzwischen reich gewordenen Frau an und bettelt sich dort so quasi ein — denn was er ihr zu sagen hatte, hätte er schreiben können, obwohl das — wenn sie an seine schlechten Geschäftsspekulationen geglaubt hätte — viel geringeren Schatten auf seinen Charakter geworfen, als die Handlung seinem Weib und seinem Kinde gegenüber. — Ebenso unverständig ist seine Frau Hedwig geschildert. Soll man annehmen, daß sie eine jener Frauen ist, die da sagen: Ach was, Mann ist Mann, nimm, was Du kriegen kannst — wohl, dann wäre ihr Treubruch ihrem Jugendliebsten gegenüber zu verstehen. Das andere aber bliebe um so unverständlicher. Auch ihre Gattentreue erscheint so gänzlich charakterlos schwach, so gänzlich eines Weibes — oder gar einer vornehmen Dame unwürdig. Menschen, wenigstens von Charakter, die man mit Füßen tritt und die dann die Hand noch

fassen, sind mir im Leben noch nicht begegnet. Zu verstehen wären diese beiden Charaktere, wenn sie als Schwächlinge aufgefaßt werden dürften. Das ist es aber eben: Der Dichter stellt sie uns als Vorbild, als Charakterbeispiele auf's Biederste und will uns Bewunderung, Mäßigung und Härtsigung abzwängen. Am klarsten erscheint der Charakter Robert's. Das aber dieser Feuerkopf ohne Ueberlegung und vollgepfropft voll Uebermuth und Wogelust so ruhig zusehen sollte, wie ein anderer ihm sein Liebste raubt, das glaube auch, wer will. Aber es mußten sich ja schließlich alle kriegen, da war das eben nöthig, das er schön zu Kreuze froh. Nur ja kein Unglück, da gehen die Damen nicht wieder ins Theater hinein und dann wäre „Das Schloss am Meer“ kein Kassenstück geworden. Von all den Unbilligkeiten in dem Stück und von den groben Verstößen in der Regie bei der zweiten Aufführung, Gespielt wurde zum Theil recht gut.

Sprechsaal.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

(Eingekandt.)

Zum Streik der Bauarbeiter. Nachdem am Freitag die Lohnverhältnisse der Bauarbeiter des Nördens geschildert sind, sei jetzt eine Darlegung über die Ursachen der augenblicklichen Streikbewegung gegeben.

Seit 1886 sind die Bauarbeiter in einer Organisation vereinigt, seit 1889 forderten sie von den Meistern einen Stundenlohn von 85 Pfg. — stets sind ihre Schreiben in den Papierkorb gewandert. Ja die Löhne, welche um 1890 herum schon 33 Pfg. bei einigen Meistern sogar 36 und 37 Pfg. betragen, sind seither wieder auf 30 bis 32 Pfg. heruntergebracht worden.

Aus Anlaß der im letzten Herbst seitens der Bauhandwerker autonomem Lohnbewegung haben sich auch die Bauarbeiter veranlaßt, wieder an die Arbeitgeber heranzutreten. Sie forderten, entsprechend den Forderungen der Maurer und Zimmerer, bei neunstündiger Arbeitszeit 40 Pfg. Stundenlohn. Der Bund der Maurer und Zimmermeister antwortete, daß die Sache verschoben werden mußte, bis die Angelegenheit der Gesellen geregelt sei, die Innung Bauhütte beliebe, überhaupt nicht zu antworten.

Inzwischen ward zwischen Gesellen und Meistern eine Vereinbarung getroffen, welche die Hilfsarbeiter veranlaßte, einen entsprechend abgeänderten Lohnsatz den Meistern vorzulegen. Das diesbezügliche Schreiben lautete:

„An die Innung Bauhütte in Lübeck, zu Händen des Herrn Zimmermeisters Schwarztopf hiersebst.“

Die endesunterzeichnete Lohnkommission sieht sich veranlaßt, den geehrten Meistern in Anbetracht der von der Bauhütte sowie dem Bund der Maurer und Zimmermeister einerseits sowie von der Lohnkommission der Gesellen andererseits angeregten Arbeitszeit Ihnen den Ihnen zugekauften Lohnsatz in folgender Abänderung zu unterbreiten:

1. Der Lohn beträgt 37 Pfg. die Stunde.
 2. Für Ueberstunden und Sonntagsarbeit 10 Pfg. mehr die Stunde.
- Für Nacharbeit 20 Pfg. mehr die Stunde. Ueberstunden werden gerechnet von 5 bis 6 Uhr Morgens und von 6 bis 9 Uhr Abends. Nacharbeit fällt in die Zeit von 9 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens mit Pausen von 9 bis 9 1/2 Uhr, von 12 bis 12 1/2 Uhr und von 3 bis 3 1/2 Uhr, welche Zeiten voll bezahlt werden.

3. Bei Wasserarbeit erfolgt ein Lohnzuschlag von 10 Pfg. die Stunde. Als Wasserarbeit ist anzusehen, wenn die betreffenden Arbeiter bei Herstellung von Brücken, Bollwerk oder Zielanlagen im Wasser, Schlamm oder über dem Wasser stehen.

4. Im Uebrigen gelten die mit den Gesellen vereinbarten Bestimmungen.

mit der Bitte, uns zu einer Versammlung über denselben einzuladen, resp. zum 1. April Antwort zu schicken.“

Die Lohnkommission. Dasselbe Schreiben wurde dem Bund der Maurer und Zimmermeister zugefleht mit der Aufforderung, ihr im Monat Februar gegebenes Wort einzulösen.

Hierauf gingen folgende Antworten ein:

Lübeck, den 27. März 1897.

Herrn H. Holtz!

Hier

Ritterstr. 4.

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 21. d. Mts. theile Ihnen mit, daß selbsterhebend die Mitglieder der Bauhütte bei der eintretenden Verlängerung der Arbeitszeit den bei Ihnen beschäftigten Bauarbeitern eine Verbesserung des Lohnes dahin gewähren werden, daß ebenso wie bei den Gesellen eine Verärgerung des Gesamtlohnens nicht eintritt, eher eine kleine Verbesserung, daß jedoch den einzelnen Mitgliedern überlassen bleiben muß, mit ihren Arbeitsteilen dazugehörige Verabredungen zu treffen. In einer weiteren Verhandlung liegt keine Veranlassung vor.

Hochachtungsvoll,
F. Schwarztopf,
Obermeister der Innung Bauhütte,
Lübeck, den 31. März 1897.

An

die Lohnkommission der Bauarbeiter!

H. H. des Herrn Holtz, Ritterstr. Nr. 4.

Bezüglich Ihres Schreibens vom 27. d. Mts. sowie unser Schreiben vom Monat Februar dies. Js. bin ich beauftragt, im Namen des Bundes der Maurer und Zimmermeister Lübeck Ihnen folgende Antwort zukommen zu lassen.

Bei der Regelung der Arbeitsstärke zwischen Gesellen und Meister ist auch von einer Verbesserung des Lohnes für die Arbeiter Erwähnung gethan und soll der Lohn für einen tüchtigen Arbeiter 34 Pfg. per Stunde betragen, im Ubrigen gilt für die Arbeiter der von uns ausgearbeitete Tarif auch für die Vetteren.

Eine weitere Erhöhung des Lohnes läßt sich nicht gut durchführen, da dieselbe denjenigen der Gesellen entspricht. Die Erhöhung tritt ebenfalls wie bei den Gesellen mit nächster Woche in Kraft.

Hochachtungsvoll
Bund d. M. u. Z. zu Lübeck
Im Auftrag:
Aug. Wurmeister
Schriftführer d. Obigen.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:
Bapfelle W. u. K. 4.— Mk.
Friedr. Meyer & Co.

Sternschanz-Viehmarkt,

Hamburg, 14. August

Der Schweinehandel verlief gut. Inzwischen wurden 310 Stüd. Preise: Verlandtschweine schwarz 55—57 Mk., leicht 55—58 Mk., Sauen 44—53 Mk. und Geel 150—56 Mk. pr. 100 Stüd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Logis für 1 oder 2 junge Leute mit Befügigung
H. Giess, Schiffelbuden 24.

Zu vermieten eine Wohnung kleine Burgstraße 81/2.

Gesucht ein Laufbursche für den ganzen Tag, ein Laufbursche außer der Schulzeit.
Fadenburger Allee 10.

Zu verkaufen eine Bettstelle mit Bettzeug.
Kleine Burgstraße 31/2

Zu verkaufen neue und alte Betten, eiserne Bettstellen, billig
Marlesgrube 42.

Billig zu verkaufen eine Wohnbude
Näheres Regidentstraße 24, 1. Et.

Aufforderung!

Hierdurch fordere ich meine werthen Kunden, welche Ihren zc. bei mir in Reparatur zc. haben, auf, zwecks Feststellung ihrer event. Schadensansprüche sich schleunigst bei mir melden zu wollen.
Lübeck, den 13. August 1897.

**C. Michaelsen, Uhrmacher,
Hofstenstraße 33.**

Verloren am Sonntag Nachmittag ein Sammeltragen auf dem Wege von Stralsdorf nach Kiel's Restaurant. Abzugeben gegen Belohnung Hofstenstraße 3.

Verloren eine silberne Brosche in Form eines Zwei-Mark-Stückes von der Mauer bis zur Herrenfähre und Wilhelmshof am Sonntag 8. Aug. Abz. g. Belohn. Mauer 108.

Prima
flüssige Kohlen säure
empfiehlt
Lübeck. Otto Schweichler.

Louis Kuhne

Internationales Etablissement für arzneilose und operationslose Heilkunst, Leipzig.
Gegründet am 10. Oktober 1883, erweitert 1892.

Rath und Auskunft in allen Krankheitsfällen, auch brieflich, so gut es möglich ist.

Diagnose nach dem Gesichtsausdruck. Individuelle Behandlung nach langjährigen Erfahrungen.

Gute Heilerfolge.
Im Verlage von Louis Kuhne, Leipzig, Floßplatz 24, sind erschienen und direkt vom Verfasser gegen Beträge-Einsendung oder Nachnahme sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Louis Kuhne, Die neue Heilwissenschaft. 29. deutsche Aufl. (54. Tausend) 486 Seiten 8°. 1897. Preis Mk. 4.—, geb. Mk. 5.—. Erschienen in 25 Sprachen.

Louis Kuhne, Bin ich gesund oder krank? 14. Aufl. Preis Mk. —.50. Erschienen in 10 Sprachen.

Louis Kuhne, Kindererziehung. Ein Mahnruf an alle Eltern, Lehrer und Erzieher. Preis Mk. —.50.

Louis Kuhne, Cholera, Brechdurchfall und deren Heilung. Preis Mk. —.50.

Louis Kuhne, Gesichtsausdrucks-kunde, meine neue Untersuchungsmethode. Preis Mk. 6.—, eleg. geb. Mk. 7.—.

Louis Kuhne, Kurberichte aus der Praxis nebst Prospekt. 25. Aufl. Unentgeltlich.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton per 100 Stück von 1 Mk. an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 50.

Pa. Hansa- Mein Etablissement Kaffee und Bier. „EINSEGEL“ Kuchen.

neu restaurirt, mit prächtigem Garten und uralten Bäumen, Lauben, Schaukel etc.; Tanzsalon mit Glas-Veranda (herrlicher Ausblick über das schöne Travethal), Clubsäle, Orchestrion und neuester Kegelbahn, bringe den verehrten Familien Lübeck's und dem reisenden Publikum in freundliche Erinnerung.
Hochachtungsvoll

Chr. Koch.

Lassalle-Feier am Dienstag den 31. August.

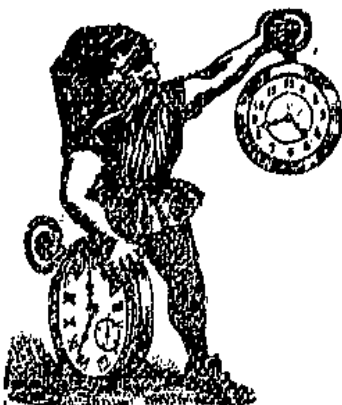
Wir ersuchen alle Gesangsvereine, welche bei dieser Feier gütigst mitwirken wollen, sich mit Angabe der vorzutragenden Lieder bis zum 22. August bei Thormann, Klappenstraße 6a, zu melden. Ebenfalls werden die Gewerkschaften und Vereine ersucht, dem Comitee ihre Fahnen und Banner zur Verfügung stellen zu wollen, welche am Montag den 30. August, Abends von 8 bis 10 Uhr, im Colosseum von dem Comitee in Empfang genommen werden.

Das Comitee.

Neue Berger Commerfang-Flohm-Heringe

sind eingetroffen und empfiehlt
Heinrich Koop,
4 Marktwiese 4.

Musik! Harmonika reparirt sauber und billig
Musikhaus Jack.



Lager aller Arten Uhren

zu bekannt billigen Preisen Reparaturen unter 1jähr. Garantie gut und billigst.
Federn 1,50 Mk.

Eine Partie goldene und silberne Herren- und Damen-Remontuhrren bedeutend billiger als sonst.
Johannes Probst,
Hinter der Burg 5-7.

Deutscher Metallarbeiterverband

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 17. August 1897 im Vereinshaus, Johannisstraße 50. Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Die Ortsverwaltung.

St. Lorenz-Liedertafel Sommerfest

verbunden mit Tombola, Damen- und Kinderbezug
am Sonntag den 22. August im Concerthaus Flora.
Entrée 60 Pfg. Einzelne Damen 20 Pfg.
Anfang 4 Uhr.
Der Vorstand.

Großbürgerlicher Eifer und Marinegedanken.

O, diese armen, nationalliberalen Großbürger! Wie gerne möchten sie dem Sammelrufe unseres auch bereinst liberalen und jetzt so „echt“ konservativen Finanzministers folgen. Aber abgesehen davon, daß die grundbesitzenden Junker und die großindustrielle Bürgerschaft deswegen so schwer zusammen kommen und in politischer Einigkeit zusammen bleiben können, weil die Wasser der wirtschaftlichen Interessengegensätze zwischen ihnen gar so entsetzlich tief sind, hindern die geplante Sammlung und Verführung aller Großbesitzenden noch gar manches andere sehr wichtige Moment.

Es fehlt, wie nationalliberale Federn dem Zeitungspapier anvertraut haben, noch die „alles erkennbare Fahne“, unter der man sich zusammenfinden könnte. Was Herr Miquel neulich proklamirte, war im Grunde nichts anderes, als der alte Kartellgedanke. Und nun braucht auch großbürgerlicherseits nur an die unabwiesbare Nothwendigkeit der Flottenvermehrung und an die im nächsten Jahre bevorstehende erneute Entscheidung über die Heeresstärke gedacht zu werden, um zu erkennen, daß nur in einem Zusammengehen der Konservativen und Gemäßigten Liberalen die feste Stütze für eine nationale Regierungspolitik gefunden werden kann.

Das einflussreichste Großbürgerorgan des Rheinlands, die „Rheinische Zeitung“, will das allerdings partout nicht einsehen und brachte es wirklich fertig, für ein Zusammengehen der Nationalliberalen mit jener Reichstagsmehrheit zu schwärmen, die am 20. März d. J. den angeblich unerlässlichen Bau neuer Kreuzer ablehnte, also für einen Bund mit „Demokraten, Liberalen und Sozialdemokraten gegen das reaktionäre Junkerthum“.

Natürlich hat das die Konservativen gewaltig erboht. Die „Kreuzzeitung“ zum Beispiel that, als ob die konservativen Parteien sofort bereit und in der Lage seien, den Kampf aufzunehmen und den zum Zuge nach links neigenden Nationalliberalen mit einem konservativ-liberalen Bündniß eine vernichtende Antwort zu geben. Aber die Nationalliberalen wissen zuvörderst ganz gut, daß das Zentrum, auch wenn es Lust hätte zu einem solchen Bündniß, es doch absolut nicht eingehen dürfte, weil seine eigenen Wählermassen von den Konservativen durchaus nichts wissen wollen. Andererseits wissen die Nationalliberalen sehr wohl, daß die „Sturillen“ (Einfälle der „Rhein. Ztg.“) belächelt nicht ernst zu nehmen sind.

Unter dem Eindrucke der unaufhörlichen Schwankungen der Regierungspolitik und der alle Vorwärtschritte lähmenden Agrarierdreistigkeit mag sich mancher nationalliberale Großindustrielle für den Augenblick ein wenig nach links gedrängt fühlen. Aber man kann im konservativen Lager sich mit Recht durchaus nicht zu dem Glauben verstehen, daß die große Mehrzahl der Nationalliberalen auch nur im westlichen Deutschland den Standpunkt der „Rheinischen Zeitung“ als maßgebend betrachten oder gar die „ebenso ungeheuerlichen wie unverantwortlichen Anschauungen des ehemaligen Amtsrichters in Barmen und jetzigen Berliner Professors Reinhold“ theilen könnte.

*) posthasten.

Die Wahrheit sei, so kann man in führenden konservativen Zeitungen lesen, daß gerade in Südwestdeutschland der Miquel'sche Sammlungsruf einen guten Boden gefunden habe. Die dortigen Nationalliberalen hätten sich durch das tendenziöse Reaktionsgeschrei ihr ruhiges Urtheil nicht stören lassen. Und warum sollten sie auch? Sie haben sich am Ende ja immer mit der junkerlichen Reaktion vortrefflich vertragen. Wenn die gegenwärtigen Bestrebungen der „Rheinischen Zeitung“ oder noch weiter links stehender Rathgeber irgend einen Erfolg haben sollten, so könnte dieser nur in der Zerreißung der nationalliberalen Partei bestehen und zwar in einer Spaltung, bei der nach alter süßer Gewohnheit höchstwahrscheinlich die Mehrheit der ehemals Nationalliberalen auf die konservative Seite fallen würde. Es braucht nicht erst feierlich versichert zu werden, daß ein solcher praktischer Erfolg innerhalb der nationalliberalen Partei nach Kräften zu verhindern gesucht wird. Die neuerdings sich häufenden wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten — das Inkrafttreten des Dingley-Tariffs und die Kündigung des englischen Handelsvertrages scheinen außerdem — zunächst die Wirkung zu haben, den Junkern und den Großbürgern der Industrie die Gemeinsamkeit ihrer Ausbeuter-Interessen so recht packend vor Augen zu führen. Es ist daher möglich, daß Herrn v. Miquel's Bestreben, ein wirtschaftliches Kartell mit politischem Hintergrunde entstehen zu sehen, in Großbürgerkreisen in wachsendem Maße Anklang findet.

Vielleicht sollten unter anderem die „Marinegedanken“, welche die „Nordd. Allgem. Ztg.“ in dem auch in der „Freien Presse“ erwähnten bemerkenswerthen Septennats-Vortragsartikel geäußert hat, nach der Richtung hindeuten, wo die vermehrte „Fahne“ gefunden werden könnte, um die sich die Kartellgroßbürger sammeln möchten.

Der Artikel des freiwilligen Regierungsorgans, der in ostelbischen Spektakelkreisen lebhaften Eindruck gemacht hat, erinnert mit Genugthuung an die Großharten Roons und Bismarcks in der Konfliktzeit und sagt warnend hinzu: Politiker, die sich gegen alle Befehle nicht verschließen wollen, hätten begründete Ursache, auch die Marinefragen unter dem Gesichtswinkel der großen Verantwortung zu nehmen, welche man auf sich ladet, indem man für doch jedenfalls mögliche Zukunftseignisse dem Vaterlande nicht die denkbar beste Rüstung auch zur See schafft, so lange es Zeit ist.

Vorläufig bestehe ja nun noch nicht — so fährt die „Norddeutsche Allgemeine“ mit dem Staatsrechts-Baumstammel fort — die Absicht, die Marinepläne unbekümmert um die Volksvertretung auszuführen; aber man möchte doch die Feststellung der für die Marine erforderlichen Mittel den wechselnden parlamentarischen Konstellationen und dem jährlich wiederholten Kampfe um die einzelnen Positionen entziehen. Es sei überhaupt für die Marine ein unwürdiger Zustand, jedes Jahr von neuem erst in der Commission, dann im Plenum und nebenher in der Presse um jede einzelne Neuforderung kämpfen und feilschen zu müssen. Ein Septennat, wie es für die Landarmee eingeführt sei, wäre auch das für die Marine zu erstrebende Ideal.

Schade nur, daß dieses Ideal, wenn man es vor

seinen Geistesaugen erstehen läßt, noch viel abschreckender aussieht, als sein ohnehin schon zur Genüge mißliebiger Vorbild. Das Septennat gilt nur für den ordentlichen Etat und stellt für 7 Jahre die Heeresstärke bis auf den Mann fest. Die Militärverwaltung kann aber durchaus nicht etwa auf Grund des Septennats nach Gutdünken Kasernen bauen oder Kanonen anschaffen. Die Marineverwaltung dagegen zielt nach den Darlegungen der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“ dahin, für eine Reihe von Jahren die Marine nach Gefallen zu erweitern. Wie viel Schiffe und was für welche gebaut werden sollen, darauf soll der Reichstag keinen Einfluß haben. Er soll nur einmal in siebenjähriger Frist das Geld zu bewilligen das Recht haben. Selbstverständlich wäre auch durch ein derartiges Septennat der Reichstag gegen Nachforderungen durchaus nicht geschützt — im Gegentheil — auch hier würde sich bewähren: L'appetit vient en mangeant — der Appetit würde beim Essen immer größer werden, wenn auch die mit dem Septennat zusammenhängende Pauschalforderung noch so gepfeffert gewesen wäre.

Wie man sieht, würde der „Roos der Marine“, Herr Tirpitz, an dieser Septennatsfahne ziemlich schwer zu schleppen haben. Wir hoffen, daß es selbst den vereinten Kräften der Regierung und der regierungsfreundlichen Parteien — auch wenn das Kartell nach Miquel'schem Rezept zu Stande kommen sollte — nicht gelingen wird, sie zum Siege zu führen. Die Gewählten des deutschen Volkes aber im Reichstage werden gut thun, dem schneidigen Herrn seine schwere Bürde, ohne alle Rücksicht auf den Staatsstreichpopanz, aus den Fäusten zu ringen. Wie ein Kadaver braucht sich das deutsche Volk nicht behandeln zu lassen. Marinirt zu werden überläßt es den Härtingen.

Aus Nah und Fern.

„Hest Du mir?“ Aus Mecklenburg wird über die Begegnung des Herzogs Johann Albrecht mit einem jungen Schafhirten berichtet, welche die, leider zum Theil noch vorhandene, erfreulicher Weise aber in rapidem Entschwinden begriffene, Genügsamkeit der Bewohner des Obotritenlandes in ein helles Licht rückt. Kürzlich weilte der Herzog zum Besuch in Ivenack bei dem Grafen Blesfen. Nach seiner Gewohnheit war er früh aufgestanden und machte einen Spaziergang allein durch die Felder. Er sah einen Jungen eine Herde Schafe hüten, und nicht lange dauerte es, so hatte er ihn angesprochen.

„Dag ud, min Jung, wo geit Di'?" rebete ihn der Herzog an. — „Wo sulst mi gahn?" entgegnete ihm der Junge, der 14 Jahre ähltte, „ganz gaud!“ — „Er knüttete, d. h. stridte ruhig weiter, ohne aufzusehen. — „Wat heft Du woll för Verdienst, min Sähn?" fragte der Fürst, in dem Bestreben, sich über die soziale Lage Frizing's zu orientiren. — „Wat sul ic hebben?" entgegnete ihm lütt Frizing, „ic krieg Eten un Drinken!“ — „Wieter nig?" — „Jau, Herring, to Wihnächten hett mi de Herr Inspekter ud ne warm Sack schenkt!“ — „Hest Du sunst nich mir?“ forschte der Fürst weiter. — Ganz verduht schaute Frizing mit seinen großen blauen Augen den Herzog an, und es entrang sich schließlich seinen Lippen die erstaunte Frage: „Hest Du mir?“

Indianer und Kaiser.

Von Aug. Heine.

(18. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Am 13. Dezember erhielt Bazaine Dreizehn, alle französischen Soldaten und sämtliche österreichischen und belgischen Freiwilligen, welche dieses verlangten, nach Europa einzuschiffen.

An demselben Tage brach Maximilian von Salapilla mit einem kleinen Gefolge auf, um nach seiner Hauptstadt zurückzukehren.

Maximilian reiste langsam, denn das Fieber hatte ihn immer noch nicht losgelassen. In der Villa des Erzbischofes von Puebla ließ er endlich den französischen Gesandten General von Castelnau vor sich; Maximilian behandelte letzteren ziemlich von oben herab und lehnte alle Rathschläge Napoleons ab.

In der Hauptstadt Mexiko angelangt, blieb er in einer kleinen Villa vor der Stadt. Das kaiserliche Schloß betrat er nicht wieder.

Zwischen den abziehenden Franzosen und der kaiserlichen Regierung Maximilians erhob sich zum Schluß noch ein arger Skandal wegen der Zolleinnahmen; doch wollen wir diese Episode beiseite lassen. Es geht daraus nur hervor, daß Napoleon und seine Kreaturen Maximilian sofort feindlich entgegentraten, als dieser sich weigerte, Napoleon zu Willen seine Abdankung zu unterzeichnen.

Wie aber hielt die Klerisei ihre Versprechen? Antwort: Garnicht!

Miramón hatte eine Hand voll Leute um sich gesammelt, mit welchen er einen Bandenkrieg führte. Die versprochenen vierzig Millionen blieben vollständig aus. Der Staatsbankrott war da.

Die Freiheitsfreunde erlangten immer mehr und mehr Terrain und der Gedanke eines Nationalcongresses zu Gunsten Maximilians war ebenso ein Phantom, wie die anderen Luftschlösser des Kaisers.

In der Hacienda de la Teja fand die letzte Besprechung zwischen Maximilian und Bazaine statt. Allen durchaus vernünftigen Vorstellungen des Marschalls gegenüber blieb Maximilian anfänglich taub; schließlich meinte er: „Ich glaube doch, Sie haben Recht. Wir wollen eine Besprechung von etwa vierzig Notabeln veranstalten. Da sollen auch Sie dabei sein. Diese Notabelnversammlung wird beschließen, ob ich niederlegen soll oder nicht.“

Wirklich fand die „Junta“ statt. Bazaine, im Begriff, mit den letzten Truppen Mexiko zu verlassen, richtete einen langen Brief an die „Junta“, worin er seine Ueberzeugung dahin aussprach, daß die Monarchie in Mexiko nicht zu halten sei.

Allein die „Junta“ — deren Mitglieder durch Pater Fischer ausgesucht waren, entschied sich mit allen gegen vier Stimmen dahin, daß die Monarchie den Kampf aufzunehmen habe. „Einen Congress, wie solchen Kaiser Maximilian in Aussicht gestellt, hielt die „Junta“ für überflüssig.“

Hiermit — das sahen die Gesandten Napoleons wohl ein — war die letzte Hoffnung Napoleons, sein schmutziges Spiel weiter zu treiben — vorüber. Alle Millionen, welche die französische Regierung, alle Millionen, welche das französische Volk in den mexikanischen Abgrund geworfen, waren unwiederbringlich verloren. Alles Blut der Kinder Frankreichs war umsonst geflossen. Das Meer von Blut, welches in Mexiko seit fünf Jahren vergossen, kümmerten ja Napoleon und die mitverbündeten Pfaffen nicht im geringsten. Nur das arme Geld machte ihnen Kummer.

Die mexikanische Expedition hatte der französischen Regierung 600 Millionen Franken gekostet. Dem

französischen Volke in Wirklichkeit noch außerdem fünfzig Millionen.

Die französischen Truppen zogen ab. Was aber sollte aus denjenigen französischen Soldaten werden, welche sich Kriegsgefangenen in Händen der mexikanischen Freiheitskämpfer befanden?

Hierzu kamen die Kriegsgefangenen Oesterreicher und Belgier, sowie eine Anzahl persönlicher Freunde des Kaisers Maximilians.

Der überspannte Kaiser ließ den Marschall bitten, doch mit den republikanischen Generälen dieserhalb zu unterhandeln.

Das Blutdiktat des Kaisers war immer noch nicht aufgehoben.

Die Kriegsgefangenen Royalisten wurden von den Juaristen durchaus anständig und nach den Grundfäden der Genfer Konvention behandelt, gemäß einer Verordnung des Präsidenten Suarez, welche dessen edlen Charakter ein bleibendes Denkmal setzt. Auf der einen Seite erblickten wir also den mordgierigen frommen Kaiser und die blutgierigen Pfaffen, auf der anderen Seite den milden, braven, glaubenslosen alten Indianer Suarez und die Seinen.

Die Verhandlungen fanden statt. Der Privatsekretär des Juaristischen Obergenerals Porfirio Diaz und ein Deutscher, Namens Thiele, führte dieselben von Seiten der Republikaner.

In der That wurden siebenzig französische Gefangene und neunzehn Offiziere von den Juaristen ausgeliefert. Alle Ausgelieferten waren gesund und munter, sie hatten gute Verpflegung genossen. Dem gegenüber gaben auch die Franzosen die gefangenen Republikaner heraus. Ueberhaupt hat Bazaine stets die Noblesse und die Humanität Suarez, die juaristische Armee und ihrer Generale anerkannt.

Nur immer fromm. Verflucht sei, wer einen Nächsten heimlich schlägt, so schreibt Moses (V, 24) — aber freilich, ein ostentativer Großgrundbesitzer ist für Herrn Goehre nicht sein „Nächster“! — Also schreibt die „Kreuz-Ztg.“ am Schluß einer Schimpferei auf den Pastor Goehre, weil dieser über die schändlichen Wohnungsverhältnisse der Arbeiter auf einem Gute in Oberbrunn einen Artikel veröffentlicht hat, den auch wir abdruckten. Hoffentlich wird sich Herr Goehre diese alttestamentarische Verfluchung nicht zu Herzen nehmen.

Die deutschen Mädchennamen bilden ein sehr buntes Gemisch aus allen möglichen Sprachen; von fremden Sprachen haben hauptsächlich die hebräische, griechische und lateinische Sprache Beiträge dazu liefern müssen. Aus der griechischen Sprache stammen z. B. folgende Namen: Dorothea (das Geschenk Gottes), Doris (die Reichbegabte), Eleonore und Laura (die Milde), Helene (die Leuchtende), Katharina (die Reine), Melanie (die Dunkle) u. s. w. Der lateinischen Sprache sind entnommen: Beate (die Selige), Benedikta (die Gesegnete), Desideria (die Erwünschte), Esperanza (die Hoffnung), Angelika (die Engelhafte), Auguste (die Erhabene), Aurora (die Morgenröthe), Clara (die Reine), Clementine (die Sanfte), Emilie (die Artige), Franziska (die Freie), Leonie (die Müthige), Lucie (die Erleuchtete), Margarethe (die Perle), Natalie (die Lebensfrohe), Ottilie (die Glückliche), Pauline (die Zufriedene), Rosalie (die Rosenkühne), Sabine (die Geraubte), Ursula (die Bärenstarke), Felicia (die Glückliche) u. s. w. Der morgenländischen und hebräischen Sprache entstammen die Namen: Anna (die Liebliche), Miriam (die Erhabene), Elisabeth (die Gottgelobte), Gabriele (die Göttliche), Johanna (das Gnadenkind, auch Gottliebe), Martha (die Betrübte), Maria (die Herbe), Rebekka (die Wohlgenährte), Sara (die Herrschende), Esther (die Sternenglänzende), Susanne (die Lilientraube), Sidonie (die Fischerin), Ruth (die Freundliche). Aus dem Altdeutschen sind folgende Namen: Albertine (die Edelberühmte), Bernhildine (die Bärenkühne), Bertha (die Glänzende), Brigitta (die Strahlende), Emma (die Häusliche), Frederika oder Frieda (die Friedreiche), Gertrud (die Speerjungfrau), Hedwig (die Kriegerische), Hulda (die Holbe), Mathilde oder Mechtild (die Heldin), Minna (die Bierliche), Selma (die Bestreiche), Wilhelmine (die Schützerin), Heinrich (die Wirtschaftliche). Dazu kommen noch die gleichfalls aus dem Altdeutschen stammenden Namen Hildegard (des Hauses Schutz), Luitgard (der Leute Schutz), Edelgard (des Edeln Schutz), Fremgard (der Götter Schutz) u. s. w.

Ueber einen „Schulpalast“ wird der „Bessische Btg.“ aus dem Dorfe Schönbach im Kreise Flatow (Westpr.) berichtet: Die Wände der mit der Inschrift „Volksschule“ versehenen Lehmhütte bestehen aus rohem Lehm und zeigen vielfach tiefe, gähnende Risse. Stroh bildet die Bedachung. In dieser Hütte sind die Schule und die Lehrerwohnung. Die Schulstube ist so klein, daß 40 Kinder kaum Platz finden können. Daher ist für die 80 Schüler des Dorfes Halbtagsunterricht eingeführt. Die Lehrerwohnung ist ebenso klein; sie besteht aus einer Wohnstube und einer Schlafkammer. Hier wohnt der Lehrer mit Frau und fünf Kindern. Bricht in dieser Lehmhütte Feuer aus, so schweben die Bewohner in größter Gefahr, da das Haus nur einen Ausgang hat. Ueber den Bau eines neuen Schulhauses wird schon seit achtzehn Jahren verhandelt, aber bisher immer ohne Erfolg.

Wieder ein Kölner Polizeistückchen. Zu einer aufregenden Szene kam es in der Barbierstube eines an der Severinstraße in Köln wohnenden Friseurs. Derselbe hatte sich gezwungen gesehen, einen seiner Barbiergehilfen, der sich Unredlichkeiten zu Schulden hatte kommen lassen, zu entlassen. Kurz vor Mitternacht, als der Barbier

eben schliefen wollte, so berichtet der „B. G.-N.“, betrat der Gehülfe, der sehr verärgert ausah, den Laden und forderte entschieden, daß der Meister ihn wieder annehmen solle. Dieser war erstaunt über die Frechheit des Burschen und wies ihm die Thür. Sofort zog der Gehülfe einen geladenen Revolver aus der Tasche, was der Meister glücklicherweise bemerkte und ihn veranlaßte, dem Burschen die Schusswaffe aus der Hand zu schlagen, so daß der Revolver auf die Erde fiel. Um den tollkühnen, verwegenen Menschen zu hindern, die Waffe wieder aufzuheben, setzte er den Fuß auf dieselbe. Diesen Moment benutzte der gefährliche Mensch, um ein Rasiermesser zu ergreifen; er griff den Friseur an und brachte demselben beim Ningen mehrere Schnittwunden an Kopf und Hals und an den Händen bei. Dann stach er sich in den Hals und versuchte, sich die Kehle zu durchschneiden, was der Friseur, der ihm das Messer entwendete, indeß verhinderte. Der blutüberströmte Lebensmüde wurde durch einen Schupmann ins Hospital gebracht. Von dort wurde der Verbrecher am 10. d. M. geistlich entlassen, weil, wie auf eine Antrage bei dem Polizeipräsidenten erklärt wurde, ein Haftbefehl gegen den Mann noch nicht vorlag. Nunmehr giebt sich die Kriminalpolizei alle Mühe, den flüchtigen Mörder zu ermitteln.

Vom herrlichen preussischen Vereinsgesetz. Zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilte das 5. d. d. d. Schöffengericht den Genossen Bunte, wegen Abhaltung einer nicht angemeldeten Versammlung, begangen dadurch, daß er s. Z. nach den stattgehabten Begräbnißzeremonien bei der Beerdigung des Genossen Wohlfahrt in Hörde, bevor die übrigen Leidtragenden den Platz verlassen hatten, einen Kranz an der Brust niederlegte und hierbei ein paar Worte der Widmung sprach.

Ueber sehr mangelhaften Nachrichtendienst beim letzten Hochwasser wird in Sachsen von allen Seiten geklagt. So wird von Rostock geschrieben: Am Freitag Nachmittag um 3 Uhr 30 Minuten wurde vom hiesigen Stadtrat an die Wasserbau-Inspektion zu Freiberg ein Telegramm mit bezogener Rückantwort abgeschickt: „Ist ein weiteres Anwaschen der Mulde zu befürchten?“ Man höre nur und staune: die Antwort, welche lautete: „Weiteres Steigen zu erwarten“, wurde erst um 10 Uhr 37 Minuten Abends in Freiberg auf dem Postamt abgegeben; da nun aber des Nachts Telegramme auf hiesigem Postamt nicht aufgenommen werden, kam diese Nachricht erst am anderen Morgen früh 8 Uhr 20 Minuten hier an, nachdem das Unglück bereits geschehen und das Wasser vorüber war. Auf ein weiteres Eil-Telegramm am Freitag Abend 8 Uhr 45 Minuten an die Amtshauptmannschaft zu Freiberg gerichtet, traf am Sonnabend Morgen die Nachricht ein: „Wasser im Fallen.“ Man sieht daraus, wie dringend nothwendig eine schnelle Reform oder besser gesagt, eine praktische Organisation des Meldewesens bei Hochwassergefahr ist. Aber auch von der Reichspostverwaltung kann man wohl mit Fug und Recht verlangen, daß sie sich in den Dienst der bedröhten Staatsbürger stellt und nicht einfach die Schalter schließt, wenn es sich darum handelt, eine Meldung schnell weiter zu befördern, von deren rechtzeitigem Eintreffen vielleicht das Schicksal zahlreicher Menschenleben abhängt.

Eine ingenieuse Idee, schreibt die „Frankf. Volksstimme“, ist anlässlich der bevorstehenden Manöver in Hausen zur Ausführung gekommen. An den Ecken derjenigen Straßen, die keinen Ausgang haben, sind weiße Schilder mit der Aufschrift „Sackgasse“ befestigt worden. Der Zweck dieser Schilder soll sein, fliehende Truppentheile vor dem Verlaufen in diese Gassen und etwaiger Gefangennahme zu warnen. Es wäre sehr nett, wenn der Erbfeind für den Ernstfall die Sackgassen seiner Ortsschaften ebenso kennzeichnen möchte.

Ein schlauer Dieb. Einen Haufen Banknoten hatte in Cadix der Hausknecht eines Gasthauses einem Ingenieur entwendet. Als der Diebstahl entdeckt wurde, suchte der Dieb zu entkommen. Mehrere Polizisten und viele Personen aus dem Publikum beteiligten sich an der Jagd, aber Niemand konnte ihn erreichen, denn der Dieb warf ab und zu einzelne Banknoten hinter sich, die die Verfolger dann bestrebt waren, aufzugreifen. Dadurch versperrten sie aber in den engen Straßen den Nachkommenden den Weg, kurz, es gelang auf diese Weise dem Manne, der offenbar dem Ausdruck des Hesiod, daß die Hälfte oft mehr ist als das Ganze, huldigte, mit dem größten Theil der Beute zu entkommen.

Auf gräßliche Weise vernichtet ist in der Nacht zum Dienstag auf dem Rangirbahnhof der sächsischen Staatsbahn Leipzig II der 25 Jahre alte Vaterneuwärter Brunner. Er säuberte eine Pfahllaterne, wobei seine Kleider plötzlich Feuer fingen. Der herrschende Sturm fachte die Flammen noch an, und der bedauernswürthe B. war sofort eine brennende Statue. Zwar sprangen mehrere Arbeiter hinzu und befreiten ihn aus seiner entsetzlichen Lage, doch war er schon so schwer verbrannt, daß er sofort nach St. Jakob gefahren werden mußte, wo er unter entsetzlichen Schmerzen darniederliegt.

Bräuterei. Unser Wiener Parteiorgan, die „Arbeiter-Zeitung“, bringt folgende „liebliche“ Bräuterei: 1) Niederreiten des Arbeiterg'sindels. Der Arbeiter Thomas Reindl ging am Mittwoch früh mit ein paar Arbeitskollegen über die Schmelz in die Arbeit. Plötzlich kam eine Kavallerie-Abtheilung dahergefahren. Reindl gerieth zwischen zwei Pfahle, stürzte, wurde überritten und blieb aus mehreren Kopfwunden blutend liegen. Seine Kollegen, die sich nur durch einen ihnen selbst unbegreiflichen Zufall gerettet hatten, eilten dazu, um ihm wegzutragen. Da kam ein Oberst zurückgeritten und brüllte die Leute an: „Da ist la Platz zum Liegen, es Maurerg'sindel! Schaut, daß weiterkommt!“ Ein recht populärer Ton. Ein Arbeiter, empört über ein solches Uebermaß von Nothheit, entgegnete: „Herr Oberst, das G'sindel muß sie erhalten, sammt Ihren S...“ Diese Belehrung scheint den Oberst sehr aufgebracht zu haben, denn er wollte den Mann niederreiten. Als aber dieser sich zur Wehr setzte und Miene machte, den Oberst vom Pferde zu ziehen, kehrte der Feld und nahm Reißaus. Reindl wurde von einem Rettungswagen ins Elisabethspital überführt. 2) Eine Säbelakade in der Freudenau. In der Nähe der Schiffmühlchen in der Freudenau kam es dieser Tage Nachmittags zwischen einem Viehtreiber und zwei Radfahrern — einem Infanterie-Lieutenant und einem Artillerie-Kabettsoffiziersstellvertreter — zu einem Streit, der einen blutigen Ausgang nehmen sollte. Die beiden Offiziere wollten zwischen den Röhren, die der Mann vor sich her trieb, durchfahren, was die Thiere scheu machte. Der Treiber rief den Offizieren zu, sie möchten absteigen, was diese aber nicht thaten. Der Treiber stellte sich ihnen entgegen und zwang sie, abzusteigen. Es kam zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf der Viehtreiber ausrief: „Das ist eine Gemeinheit.“ Daraufhin zog der Lieutenant den Säbel und führte einen wuchtigen Hieb gegen den Kopf seines Gegners, dem sofort das Blut über das Gesicht strömte. Nun mengten sich einige Arbeiter ein, die Offiziere schlugen mit den Säbeln um sich und verletzten einen der Arbeiter am Fuß. Da entwand ihnen die Arbeiter die Waffen und warfen die beiden Offiziere zu Boden, dabei immer auf dieselben losschlagend. Die Polizei machte der Szene ein Ende. Es wurden nun alle Beteiligten auf die Expositur in der Freudenau gebracht, wo ein Polizeiarzt den Verletzten die erste Hilfe leistete.

Der Schluß

der blutigen Kaiserreichspoffe.

Gegen Ende des Monats Januar 1867 zog sich Bazaine mit den letzten französischen Soldaten von der Hauptstadt nach dem Hafen von Vera-Cruz zurück, von wo aus die Truppen eingeschifft werden sollten.

Mit ihnen verließ auch das österreichisch-belgische Freikorps das Land Mexiko.

Die Soldaten Suarez folgten den Abziehenden, ohne aber irgend welche Feindseligkeiten gegen letztere zu unternehmen.

Kanonen und Munition ließen die Franzosen größtentheils zurück, denn der Transport war kostspielig und würde sehr betragen haben, als die Kanonen und Munition in Frankreich werth waren. Besonders die Stadt Mexiko war stark befestigt.

Am 8. Februar 1867, Mittags 12 Uhr wurde die dreifarbige französische Fahne in der Hauptstadt Mexiko eingezogen. Die letzten französischen Soldaten hatten die Stadt verlassen. In der Hoffnung, daß Maximilian nachfolgen würde, hielt Bazaine die Vorstadt Piedad noch einen Tag besetzt; allein Maximilian erschien nicht und die französischen Bajonette verschwanden anderen Tages am Horizont.

Die klerikalen Generale Larez und Marquez wußten im Auftrage des Vater Fischer den Kaiser zu überreden, seine Hauptstadt zu verlassen und sich nach der Festung Queretaro zu begeben.

Unter allen kaiserlichen mexikanischen Generalen war nur der Halbblut-Indianer Mejia, ein früherer Räuberhauptmann, der einzige, dem man keinen Verrath an dem Kaiser vorwerfen kann.

Bazaine glaubte immer, daß Maximilian nachkommen würde, er blieb daher mit dem Rest seiner Truppen fünf

Tage in Puebla und schickte seine Reiterei auf Streifzüge, der Hauptstadt entgegen.

Hier traf die Nachricht ein, daß General Miramon völlig geschlagen sei. Bazaine richtete nochmals die Bitte an den Kaiser, zu folgen, und schickte eine Eskadron Reiter zurück, um Maximilian zu schützen. Vergeblich! —

Es erfolgte eine abweisende Antwort, verfaßt vom kaiserlich mexikanischen Hauptmann Dano.

In Vera-Cruz ließ Bazaine den Hafen besetzen, immer noch in der Hoffnung, daß Maximilian nachkommen würde.

Am 11. Mai 1867 um 8 Uhr Morgens übergab Bazaine den Hafen Vera-Cruz an den kaiserlich mexikanischen General Perez Gomez, welcher solchen im Namen seiner kaiserlichen Majestät übernahm.

Die letzten französischen Truppen wurden aus Mexiko ausgeschifft.

Maximilian verließ die Hauptstadt, wo er sich nicht mehr sicher fühlte.

Er ließ fünfhundert ihm treue ungarische Reiter dort und begab sich nach der fast uneinnehmbaren Festung Queretaro.

Queretaro wurde jedoch von den Suaristen bald eingeschlossen und nach einer Belagerung von 68 Tagen mußte sich Maximilian am 15. Mai 1867 dem republikanischen General Escobedo ergeben. Der Kaiser hatte an der Verteidigung der Stadt so gut wie gar keinen Antheil genommen, das Fieber hielt ihn meist am Lager gefesselt. Die Stadt Mexiko ergab sich den herandrückenden Republikanern am 20. Mai, die Hafenstadt Vera-Cruz am 25. Juni. Hiermit war der Bürgerkrieg beendet. Das Kaiserthum hatte aufgehört zu sein.

Maximilian so wie seine Generale Miramon und

Mejia wurden vor ein Kriegsgericht gestellt und alle drei am 19. Juni 1867 erschossen.

Er hatte auf einen Gnadenakt Suarez gehofft, allein vergeblich, denn Suarez konnte nach dem Vorhergegangenen nicht anders handeln als das Todesurtheil bestätigen, dem Kaiser und den Generalen wurde vorm Kriegsgericht nur zur Last gelegt, das Blutdekret vom 3. Oktober 1865 erlassen, beziehungsweise auf Grund desselben zahlreiche Mordthaten begangen zu haben. Den anderen kaiserlichen Kreaturen wurde kein Haar gekrümmt, auch Vater Fischer verließ unangefochten Mexiko. Der „alte Indianer“ zog am 15. Juli unter großem Jubel der ärmeren Klassen in der Hauptstadt Mexiko ein. Der erste Akt der Regierung Suarez in seiner Hauptstadt war der Erlass einer allgemeinen Amnestie (Begnadigung).

Im September fanden im ganzen Lande Neuwahlen zur Volksvertretung statt. Dieselben fielen durchaus republikanisch aus. Die Volksvertretung wählte am 6. Oktober 1867 Suarez wiederum bis zum Jahre 1871 fast einstimmig zum Präsidenten. Im Jahre 1871 wurde er bis 1875 wiedergewählt.

Die bisherigen Erfahrungen hatten den alten eisenstirnigen Indianer nicht milder gestimmt. Jetzt erst zeigte er von welchem Haß gegen die Pfaffen und gegen das Christenthum er besetzt war; denn kaum wieder einigermaßen fest im Sattel sitzend begann er den Kampf zur Unterdrückung des Priestertums, welches er als den schlimmsten Feind des Volkswohles betrachtete, mit derselben Rücksichtslosigkeit wie zuvor, aufs Neue.

Er brachte einen Gesekentwurf als Nachtrag zur Verfassung ein, wodurch abermals ein Bürgerkrieg entfacht wurde, denn die Pfaffenpartei fühlte sich noch immer stark genug, um den Kampf aufzunehmen.

(Schluß folgt.)

1 fettes Kalb wegen Darmentzündung, 1 Schwein wegen Mastdarmkreislähmung, 1 Schwein wegen eiteriger Lungentzündung, 1 Schaf wegen Abmagerung; außerdem: 1 Schaf im Stalle verendet. 2. Im Dampf-Desinfektor getödtet: 1 Wollschaf, 1 fettes Kalb, 19 Schweine wegen Tuberculose. Bei den übrigen geschlachteten Thieren sind 433 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 821 Kilogramm Fleisch auswärts geschlachteter Thiere wurden im Schlachthause untersucht. Im Monat Juli 1898 sind 884 Kilogramm Fleisch untersucht worden.

Schwartau. Bekanntlich ist vor einigen Tagen dem oldenburgischen Kronprinzen ein Stammhalter geboren, ein Ereigniß, das manche Leute förmlich in verzückte Ekstase versetzt zu haben scheint. Man höre nur zum Beispiel, was ein bürgerliches Blatt darüber schreibt:

„Heute Morgen war es. Die Einwohner der Stadt lagen noch im tiefsten Schlafe. Da regte es sich im Elisabeth Palais. In geschäftiger Eile und doch behutsam ließen Postbeamte und Hofbedienten auf und ab. Da, um 4 Uhr 15 Minuten, ging eine freundliche Bewegung durch das Palais. Die hilfsfertige Frau Hartmann, deren erster Versuch es ist, jahrelang, jahrein, unzahligen Wöchnerinnen, ob sie hoch oder niedrig sind, sorgsam und treu zur Seite zu stehen, hatte einer zitternden Mutter den Erstgeborenen in den Arm gelegt.

Nun drang die Kunde in dem rothen, baumumhüllten Pfostenpalais in alle Räume weiter. Alte Dienersinnen und Diener weinten Freudenthränen, die Herrschaften vom persönlichen Ehrendienst des jungen Fürstlingspaars scharten sich um ihren Herrn, den Erbgroßherzog, und brachten ihre Glückwünsche in elementarer Freude dar. Die Nachtzeit war inzwischen schon auf die Straße gedrungen. Die abgestellten Posten brachten die Mitteilung mit auf die Hauptwache, wo denn, wenn Gott will, bereinigt der Großherzog das erste Pöckel aus froher Soldatenbrust hergebracht wurde.

Schnell wurde das freudige Ereigniß in den Nachtlokalen bekannt, wo einige „Spätlinge“ dem neugeborenen sästlichen „Erstlinge“ den letzten Schoppen widmen durften. Gleich nach der stillen Ankunft des Prinzen überbrachte eine Ordnung unserer Militärerie den Befehl zum Abziehen. Schuß auf Schuß rollte über die Stadt und machte die Einwohner lebendig. In ungemessener Spannung wurden die Schüsse gezählt. Da, nach dem einundzwanzigsten Schusse, der das Zeichen gewesen wäre, daß eine Prinzessin das Licht der Welt erblickt hätte, knallte es weiter. Nun wußte man, daß ein Prinz geboren worden war, der dazu berufen ist, einmal die Krone des Landes als Erbe seiner Väter entgegen zu nehmen. Nach klagen die Fahnen empor, und schon sehr früh prangte in der Stadt ein Flaggenwald. Stolz grüßten die Farben von Waterland und Reich von den Dächern herüber. Heil Dir, o Oldenburg, steht auf diesen Zeichen, die schon so oft zu des Landes Ehr' herübergeblüht, zwar nicht geschrieen, aber doch so klar und deutlich.

Mit Trauer wohl hätte das Land Oldenburg es angesehen, wenn dem Throne der direkte Erbe auch seiner gekehrt hätte. Aber die Verehrung für das landesfürstliche Haus wäre dann keine geringere gewesen, denn es giebt in den Gefühlen des Volkes keine Steigerung mehr. So betrachtet das Land die Geburt eines Kronerben als eine ganz besondere Gnade, als ein großes göttliches Geschenk.

Das gesammte Leben der Residenz steht heute unter dem Zeichen des frohen Ereignisses. Leute, die sich bisher fremd waren, beglückwünschten sich gegenseitig, und man spricht von nichts anderem, als von der Geburt des Prinzen Peter“.

Auch in Schwartau hat man es sich nicht nehmen lassen, ein Uebriges zu thun, 101 Schüsse sind abgefeuert worden, Abends war der Markt illuminiert, und schließlich soll noch konzertirt und getanzt worden sein. Das Groß der Bevölkerung ist nun der Ansicht, daß in solchen Fällen Jedermann thun möge, was ihm gutdünkt, daß folglich auch patriotisch veranlagte Mitbürger ihren Gefühlen bei derartigen Anlässen freien Lauf lassen können, neugierig ist man aber, zu erfahren, ob die Mittel, die genannte Veranstaltungen erforderlichen, etwa von den Theilnehmern aus eigener Tasche bestritten worden sind, oder ob der Gemeinderath sie aus dem allgemeinen Säckel bewilligt hat. Sollte letzteres der Fall sein, so müßte dagegen energisch Protest eingelegt werden. Leider ist die Arbeiterschaft ja nicht im Gemeinderath vertreten, und so wird sie wohl schwerlich Auskunft erhalten über diese Frage. Möge sie bei den nächsten Gemeinderathswahlen sehen, daß einer ihrer Vertreter gewählt werde, auf daß sie in solchen Dingen auch ein Wörtlein mitreden kann.

Hamburg. Der 8. Internationale Friedenskongreß setzte seine Verhandlungen im Patriottischen Gebäude fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung theilte Bertha v. Suttner den Kongreßtheilnehmern mit, daß der Friedensgesellschaft großes Heil wiederfahren sei, denn Herr Dumont, der Stifter der Genfer Konvention vom Rothen Kreuz habe versprochen, seine ganze Kraft in den Dienst der Friedensbewegung zu stellen, die dadurch wohl einen mächtigen Aufschwung nehmen würde. In neuerer Zeit habe die Friedensgesellschaft auch festen Fuß in Japan gewonnen und die Türkei werde nächstens durch General Türr bearbeitet werden, was letzterer bestätigt.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde als erster Punkt die Beteiligung an der Pariser Weltausstellung 1900 diskutiert. Die Debatte war eine sehr lebhaft und endigte schließlich mit der Annahme einer Resolution, nach welcher die Friedensgesellschaften der einzelnen Länder mit den französischen Gesellschaften in Verbindung treten sollen, um den besten Modus zu finden, nach welchem die internationale Friedensgesellschaft an der Pariser Weltausstellung sich beteiligen könnte. Der zweite Punkt: Propaganda fand seine Erledigung durch die Annahme nachstehender Resolution: „Der Kongreß nimmt Kenntniß davon, daß in Skandinavien eine halbe Million Unterschriften für eine Friedenspetition gesammelt worden sind und empfiehlt die Thätigkeit und die Mittel zur Nachahmung, mit welchen die skandinavischen Friedensgesellschaften zu diesem schönen Resultat gelangt sind.“

Der folgende Punkt der Verhandlungen zeigte wieder so recht drastisch, wie außerordentlich naiv die Friedensapostel sind und wie ihre Mittel beschaffen sind, mit welchen sie den Völkerverfrieden verwirklichen wollen. Es handelte sich um den Briefwechsel der Studirenden ver-

schiedener Nationen. In allen Tonarten wurde dieses Mittel gepriesen, das, erst einmal überall durchgeführt, die Friedenspropaganda mächtig fördern würde. Herr Professor Meille hat mit dieser Art von Propaganda den Anfang gemacht. Er ist von Geburt Franzose, hat aber längere Zeit in England gelebt und französische und englische Studirende veranlaßt, jeden Monat zwei Mal mit einander zu korrespondiren. Dadurch, daß man diese Einrichtungen über alle Länder verbreitet, glaubt man den Völkerverfrieden herzustellen, als ob die Rufensöhne in Gymnasien und Universitäten die Entscheidung über Krieg und Frieden in den Händen hätten. Herr Moneta hat diese Art von Propaganda eingehend in einem Flugblatt, welches dem Kongreß in französischer Sprache vorliegt, behandelt. Seine Schlussfolgerungen werden gutgeheißen und es wird dann noch nachdrücklich betont, daß dieses so außerordentlich wichtige (?) Mittel der Friedenspropaganda nicht vernachlässigt werden dürfe.

Auch der folgende Antrag: „Der Kongreß drückt seine Freude aus über das Vorgehen des Herrn M. G. Tos, Vorsitzender des Hochschulverbandes Turin, der einen internationalen Studentenkongreß auf das Jahr 1898 nach Turin zum Zwecke der Gründung einer allgemeinen Studentenkonföderation einberufen hat. Diese Institution soll im Sinne des Friedens wirken,“ der einstimmig angenommen wird, bewegt sich in dieser Richtung.

Außer den Studenten sollen aber auch die — Journalisten, natürlich der bürgerlichen Zeitungen, zu Friedensfreunden gemacht werden. Zu diesem Zwecke soll das Werner Friedensbureau mit der Presunion in Verbindung treten, „im Hinblick auf den Einfluß, den dieser Verband auf die Presse aller Länder ausübt“. Daß die Herren von der Friedensgesellschaft die Aufgabe der bürgerlichen Zeitungen noch nicht erkannt haben, beweist dieser Antrag, der natürlich angenommen wurde. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß ein Versuch, friedensfreundliche Zeitungen zu schaffen, gescheitert sei. Nun will man es mit den friedensfreundlichen Journalisten versuchen und wird nothwendigerweise ebenfalls Fiasco machen. Die bürgerlichen Journalisten schreiben so, wie es ihre Auftraggeber befehlen; sie werden deshalb auf Befehl auch für den Krieg schreiben und wenn sie noch so begeisterte Anhänger der Friedensgesellschaft sind; denn das Geschäft bringt es so mit sich.

Die weiteren Anträge, welche noch zur Annahme gelangten, befaßten sich mit einer internationalen Friedensdemonstration, welche im nächsten Jahre in allen Ländern zu gleicher Zeit stattfinden soll und mit dem nächsten Kongreß, dessen Einberufung dem Werner Bureau im Einverständnis mit den Friedensgesellschaften überlassen bleibt. Derselbe soll im nächsten Jahre stattfinden, entweder in Lissabon oder Turin.

Bremen. Der „deutsche Radfahrerbund“, die amtliche Zeitung des Deutschen Radfahrerbundes, bestätigt in ihrem offiziellen Bericht über das Bremer Radfahrerevent vollumfänglich die über das wüste Treiben — „Karnevalstreiben“ nennt es das Blatt — welche bisher an die Öffentlichkeit gelangten. Das Radlerblatt schreibt u. A.: „Lustige Streiche (!) wurden in Masse gemacht. J. B. kamen in 2 Equipagen eine Menge lustiger Radler vor den Roland gezogen und wollten ihn bekränzen. Der Widerstand, welchen das Auge des Gesetzes ihrem wohlwolligen Thun entgegensetzte, wurde nicht beachtet, bis dem einen noch zwei weitere Schutleute zu Hülfe eilten, und es dem vereinigten Thun von drei Mann endlich gelang, die Bekränzung zu verhindern.“

Was würde wohl Leuten, die nicht den „nach Bildung und Besitz maßgebenden Schichten“ angehören, im gleichen Falle passirt sein?!

Ferner lese man folgende „geistreiche“ Schilderung: „Männlein und Weiblein hatten sich mit großen Pfauenfedern bewaffnet und kitzelten einander unter lautem Lachen. „All Heil schrien die Einen, „Du ahnst es nicht“ die Anderen. Die sogenannten Luftschlangen sausten unaufhörlich durch die Luft, verfangen sich in den Bäumen, rissen ab und flatterten lustig im Winde. An einem Tische, welcher zwischen zwei Bäumen stand, hatte man die Luftschlangen von Baum zu Baum gezogen und ein richtiges Papierdach über dem Tisch gebildet. Als man nachher versuchte, einen Papierschirm in dem Gewirr zu befestigen, riß Alles zum größten Gaudium der darunter Sitzenden auseinander. Knarren, Hanswurffklappfächer, Luftballons, Trompeten, Alles wurde verkauft, gekauft und benutzt, und die liebe Polizei, welche schon zum Freimarkt allerlei duldet, nur keine Luftschlangen und Klappfächer, drückte diesmal beide Augen zu. (!!) . . . Das ruhige, solide Bremen, wo sich der ehrbare Bürger schon um 10 Uhr Abends zu Bett zu legen pflegt, war durch die große lustige Radlerschaar, die es fünf Tage lang beherbergte, richtig auf den Kopf gestellt.“

Was wird der Bremer „hohe Senat“ mit seinem „sich sträubenden Lattgefühl“ zu dieser lieblichen Schilderung im „amtlichen Organ“ der von ihm so sehr „gefeierten“ Radler sagen?!

Aber man höre weiter, wie die „nach Bildung und Besitz maßgebenden Schichten“ sich amüsirten: „Die kleinen Luftballons wurden ebenfalls eifrig benutzt, aber nicht, um etwa mit ihrer Hülfe den Nordpol zu entdecken, sondern als Lärminstrumente. (!!) Zwischen den Händen gedrückt und gerieben geben sie

nämlich schauerhaft knarrende Töne von sich, um schließlich, wenn der Druck gar zu stark wird, mit einem lauten Schmerzensschrei zu zerplatzen. Andere banden mehrere — nämlich Luftballons — zusammen und ließen sie an einem Bande steigen, dann wurde der brennende Glühstengel an einer langen Stange befestigt und an die Ballons gehalten; ein Knall — und Ballons und Glühstengel waren zum . . . Das war aber schon mehr grober Unfug.“

Also doch! Diese Erkenntniß des „amtlichen Radlerfest-Berichterstatters“ ist geradezu rührend.

„Andere Vereine bildeten ihre eigenen Musikkorps und vollführten einen ungeheuren Lärm, der eher alles Andere war, als ein musikalischer Genuss. Zwischen all diesem Spektakel erklangen die Weisen der Militärkapellen.“ Und dann folgte ein Feuerwerk. Damit Jeder weiß, daß es „Patrioten“ ersten Ranges waren, die diesen „Spektakel“ vollführten, heißt es nunmehr im „amtlichen Bericht“:

„Als das Feuerwerk das Bild des alten Heldenkaisers Wilhelm zeigte, da erkante plötzlich, anfänglich nur schwach, aber bald von immer mehreren gesungen, die Nationalhymne.“

Daran kann man das „echte unverfälschte Deutschtum“ der Nabaumacher erkennen! Aber dieser „nüchterne Patriotismus“ hielt nicht lange an.

Der „amtliche Bericht“ fährt fort:

„Das Tivoli und die Bierhallen waren fortwährend überfüllt von Radlern, welche Cambrinus huldigten und ihre Späße trieben. Luftballons, Papiersegel, die Ueberreste von Luftschlangen und Campions band man an lange Angelstücke und zog damit triumphirend durch die Stadt, drei fidele Brüder saßen in einem bekränzten Wagen. Gott weiß, wo hatten sie eine abgefallene Guirlande aufgehabelt, welche sie nun hinten als Schleppe an dem Wagen befestigten und damit durch die Straßen jagten. Von einem Schuhmanne angehalten, verlangten sie noch eine besondere Belohnung dafür, daß sie mit der Guirlande die Straßen so schön rein segelten. Andere führten einen großen Balken, auf welchem ein japanischer Papierschirm befestigt war, in der Stadt spazieren. Nächtllicherweise sah ich Einen, welcher seinen Papierschirm noch mit sauren Feringen, richtigen sauren Feringen verziert hatte, die er wohl gleich ein gros als Gegenmittel gegen den zu erwartenden Later eingelaust haben mochte. Einer trug auf seinem Rücken ein Schild mit der bezeichnenden Aufschrift: „Etwas Beschwerden bitte an mich persönlich zu richten“, und rücksichtslos drängte er sich durch das Publikum hindurch. Während der Wettrennen saßen zwei lustige Brüder oben auf der Sektbude und tranken Sekt aus der Flasche, während andere sich unten bemühten, sie herabzuschütteln. Als ihnen dies nicht gelang, und sie zu der aus den Wolken strömenden himmlischen Masse noch einen Champagnergusch vom Dach der Bude bekamen, erschien ein Schuhmann auf der Bildfläche und forderte die Sektbrüder auf, herabzufliegen, worauf diese ganz trocken — bei der Masse — meinten, er könne ja zu ihnen hinaufkommen, sie hätten noch einen Schluck übrig. Der Schuhmann verstand jedoch keinen Scherz und die beiden Lustigen mußten sich bequemen, ihren lustigen Sitzplatz zu verlassen. Ja, toll hat es das übermüthige Nablervölkchen zuweilen getrieben — manchmal leider zu toll.“

Da sieht man, welcher Art die vom Bremer Senat und dem „patriottischen“ Bürgerthum protegirten Feste sind. Wie zart, wie rücksichtsvoll zeigten sich die „Hüter der öffentlichen Ordnung“ diesen wüsten Nabaubrüdern gegenüber. Mit diesem Verhalten vergleiche man einmal das Treiben der Behörden im „herrlichen Deutschland“ insgesamt, wenn es sich darum handelt, anständige und ruhige Arbeiterfeste zu unterdrücken oder zu stören! — (Die Lübecker Arbeiter machen hierin, was gerne anerkannt sei, eine Ausnahme und erfreuen sich eines dankenswerthen Entgegenkommens seitens der Behörden bei ihren Festen.)

Um aber dem elckhaften Treiben die „Fabrikmarke“ ganz deutlich aufzudrücken, sei erwähnt, daß ein großer Theil der „Festtheilnehmer“ noch eine Wallfahrt zum „Heros“ nach Friedrichruh unternahm, und daß es am Schlusse des Berichtes heißt: „Wer da glaubte, daß die Radfahrer nur Wasser, Limonade und Milch tranken, der ist durch die Bundestage eines Anderen belehrt worden. Im Parkhause standen in langen Reihen die geleerten Weiß-, Rothwein- und Champagnerflaschen, und auf dem Rennplatz erhob sich ein wahrer Hügel von leeren Flaschen. Mochte das Bier oder der Wein auch noch zu schlecht und noch so theuer sein, getrunken wurde es doch und ohne Murren bezahlt. Wahrlich, die Wirthe haben ein großartiges Geschäft gemacht, das lustige Nablervölkchen hat eine schwere Menge Geldes hier in Bremen gelassen.“

Nun wird kein Mensch mehr im Zweifel darüber sein können, daß Geistes Kinder es waren, die Bremen fünf Tage lang „auf den Kopf stellen“ durften.“

Boizenburg. Vom Hochwasser. Das Wasser der Elbe steigt fortwährend und um die links von der Chaussee dem Bahnhofe gelegenen Wiesen und Gärten, die sogenannten Marschgärten, vor Ueberschwemmung zu schützen, ist der unter der Chaussee durchführende Arm der Boize durch einen sogenannten Klustdamm abgestaut und das sich hinter demselben sammelnde Boizewasser durch unausgesetztes Pumpen herausgehoben. Trotz aller Mühe ist aber der Damm durch die Rückstauung der Wassermengen durchbrochen, so daß das ganze Terrain unter

Wasser steht. In eifrigster Arbeit suchen die Gartenbesitzer nun Kartoffeln und sonstiges Gemüse zu bergen. Aus dem auf der hannoverschen Seite liegenden Bleckede wird berichtet: Immer mehr breiten sich die Fluthen der Elbe in unseren Gemarckungen aus und immer mehr Verderben bringen sie mit sich. Großartig ist der Wied, wenn man die gewaltige Wasserfläche, die von Deich zu Deich reicht, schaut, aber traurig ist der Eindruck, wenn man die einst reichliche Ernte versprechenden Felder und Gärten nunmehr der Wasserfluth verfallen sieht. Obgleich man in den letzten Tagen mit allen zu Gebote stehenden Kräften arbeitete, dem Wasser Einhalt zu thun, oder, wo es nicht möglich, die Ernte durch Ausnehmen zu retten, so war dies doch nicht allenthalben, des raschen Wachstums des Wassers wegen, möglich, und mancher Besitzer sah seine Arbeit und seinen Segen in's nasse Grab sinken. — In der Seeher-Liederung, im Hannover'schen, hat das Sommerhochwasser der Elbe ungefähr denselben Stand erreicht, wie im vergangenen Jahr im Mai, das heißt, es sind jetzt sämtliche Gärten und auch schon einzelne Felder in Debelang überfluthet und noch immer steigt das Wasser, das tiefschwarze Wasser der Seeher hat dem gelben Elbwasser weichen müssen. Es ist viel versucht worden, Gärten und Felder durch Aufwerfen von Deichen zu schützen, leider vergeblich, Alles ist überfluthet, die ganze große Wiesenfläche zwischen Hagenacker und Dammberg steht unter Wasser. Ueberall wird gearbeitet, um die im schönsten Wachsthum stehenden Kartoffeln und Gemüse, so viel es geht, zu retten. Bei Penkels ist Nachts der Schuttdamm nach Strachauer Stadt zu ebenfalls gebrochen, wodurch über 100 Morgen Weide, viele Strohballen, Kartoffeln u. s. w. vernichtet worden sind. 3000 Morgen Fettviehweiden sind schon Montag bei Breetz überfluthet, die Deiche konnten dem ungeheuren Andrang der Elbe nicht widerstehen.

Sprechsaal.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

(Eingefandt.)

Zum Streik der Bauarbeiter.

(Schluß.)

Die Lohnkommission nahm von diesen Schreiben Einsicht und ließ der Zünng und dem Bund das nachstehende Schreiben zugehen:

Die endbesonderzeichnete Lohnkommission hat von Ihrem geschätzten Schreiben Einsicht genommen, theilt Ihnen aber mit, daß sie in keiner Weise befriedigt und den Ihnen zugesandten Lohnantrag hochhält, und ersucht Sie nochmals, zu einer Verhandlung diesbezüglich einzuladen, widrigenfalls dieselbe sich andere Schritte vorbehalten wird.

Die Lohnkommission der Bauarbeiter.
Auf dieses Schreiben erfolgte von Ihrer Seite Antwort. Die Lohnkommission erstattete den Mitgliedern Bericht und wurde ermächtigt, bei guter Konjunktur die Forderung bei den Meistern einzuladen, was am 22. Juli durch nachstehendes Schreiben geschah:

Lübeck, den 22. Juli 1897.

An die Zünng Bauhütte in Lübeck, zu Händen des Herrn Zimmermeisters Schwarzkopf hiersebst.

Die endbesonderzeichnete Lohnkommission erlaubt sich höflichst bei den geehrten Meistern anzufordern, ob dieselben geneigt sein und zu einer Verhandlung über den Ihnen bereits im Frühjahr eingereichten Lohnantrag einzuladen, sollte dieses der Fall sein, so erbittet sich dieselbe bis zum Dienstag, den 17. d. Mts. diesbezügliche Antwort.

Die Lohnkommission der Bauarbeiter
F. v. H. v. H. v. H., Ritterstraße 4.

Es ging nachstehende Antwort der Zünng ein. Der Bund antwortete überhaupt nicht:

Kurzer Hand an Herrn H. v. H.

Hier zurück mit dem Bemerkten, daß nach Ihren bisher glücklichen Beschlüssen die Zünng Bauhütte abgelehnt hat, mit einer Lohnkommission der Bauarbeiter besonders zu verhandeln. Es findet erst am 30. d. M. eine Zünngversammlung statt, ich stelle Ihnen anheim, zu derselben Ihr Gesicht mit Angabe Ihrer Wünsche zu wiederholen, welches dann der Bauhütte unterbreiten werde.

Dem letztgenannten Wunsche ward entsprochen und der Lohnantrag nochmals eingereicht. Hierauf ging nachstehendes Schreiben der Zünng ein:

Lübeck, den 31. August 1897.
Herrn H. v. H.

Hier. In Anbetracht, daß bei Eintritt der verkürzten Arbeitszeit im Baugewerbe eine Lohnaufbesserung der Bauarbeiter erfolgt ist, so daß deren Gesamtverdienst wie Arbeitsbedingungen wesentlich bessere als anderer Handarbeiter ist bezw. sind, steht die Zünng Bauhütte sich nicht veranlaßt, jetzt wieder eine Lohnaufbesserung eintreten zu lassen, wie die Zünng auch nach wie vor ablehnt, mit einer Lohnkommission der Bauarbeiter, als nicht gewerblich geschulter Arbeiter in Verhandlung zu treten.

Hochachtungsvoll
Für die Zünng Bauhütte:
F. Schwarzkopf,
Vorstand.

Die Lebensart nicht „gewerblich geschulte Arbeiter“ ist natürlich fauler Zauberei. Wir unterziehen der Gewerbe-Ordnung und sind als gewerbliche Arbeiter vom hiesigen Gewerbegericht, in dem damals gerade ein Maurermeister als Beisitzer fungierte, im November 1895 anerkannt worden.

Der „Bund“ hatte sich nicht veranlaßt gefühlt, uns eine Antwort zukommen zu lassen. Wir machten deshalb einen letzten Versuch, indem wir nochmals schrieben, aber vergebens!

Das vorstehende Material ward alsdann den Mitgliedern vorgelegt und in außerordentlicher Mitglieder-Versammlung beschlossen, da die Zeit günstig sei, die Arbeit einzustellen.

Nun erklären angeblich einige Zünngmeister, sie hätten von nichts gewußt. Mügen sie sich an ihren Obermeister halten, der, wie aus Vorstehendem erhellt, von Allem orientirt war und ihnen genügende Mittheilung hätte zugehen lassen können.

Die Lohnkommission der Bauarbeiter.
F. v. H. v. H.

Quittung.

Für die Familien der Verurtheilten sind eingegangen: Schänke von St. 1.— Mt.
Weiterer Gelder nimmt gern entgegen

Die Expedition.
Johannisstraße 50.

Sternschanz-Biehmarkt.

Hamburg, 16. August

Der Schweinehandel verlief gut. Preise: Akerlandschweine (Schwere 55 - 57 Mt., Leichte 56 - 58 Mt., Gansen 41 - 52 Mt. and Ferkel 50 - 55 Mt. pr. 100 Stk.)

See-Berichte.

Dampfer „Kant“, Kapl. Wulf, ist am 14. August von Pillau auf hier abgegangen.
Dampfer „Hansa“, Kapl. F. Schmalfeldt, ist am 14. August von Libau auf hier abgegangen.
Dampfer „Saturn“, Kapl. Hinrichs, ist am 14. August von Stettin auf hier abgegangen.
Dampfer „Alpha“, Kapl. Brindmann, ist am 14. August von Karlshamn nach Stettin abgegangen.
Dampfer „Wm. Minlos“, Kapl. Schulz, ist in Neval eingetroffen und am 16. August von dort nach St. Petersburg weitergedampft.
Dampfer „Alpha“, Kapl. Brindmann, ist am 15. August in Stettin eingetroffen.
Dampfer „Gauthiod“, Kapl. Nydell, ist am 16. August von Kalmar auf hier abgegangen.
Dampfer „Europa“, Kapl. G. Voigt, ist am 16. August in Harmouth angekommen.
Dampfer „Regir“, Kapl. Schwann, ist am 16. August in Helsingfors angekommen.
Dampfer „Wm. Minlos“, Kapl. Schulz, ist am 16. August in Kronstadt eingetroffen.

Statt jeder besonderen Meldung.

Lina Abraham
Hermann Zapf
Verlobte.

Lübeck, den 15. August 1897.

Gestern Abend 11 1/2 Uhr starb nach kurzer schwerer Krankheit unsere liebe Tochter **Minna** im Alter von 4 Jahren. Tief betrauert von Eltern und Geschwistern.

W. Hennig und Frau.

Wilhelmshöhe, den 16. August 1897.

Logis für junge Leute
Marlesgrube 39.

Ein junges Mädchen

von auswärts, sehr kinderlieb und in Handarbeit wohlgeübt, sucht Stellung bei größeren Kindern oder als Stütze der Hausfrau. Offerten unter **L. M.** an die Expedition d. Bl. erbeten.

Gesucht zu zugleich ein Laufjunge oder Laufmädchen zum Brodantreiben
49 Jangher Lohberg 49.

Billig zu verkaufen ein fast neuer Schirm zum Kinderfahrgewagen
Meiserstraße 45.

Für Brautleute! Eleg. Nischgarnitur M. 140, Spiegel 20 M., Spiegelst. 25 M. Sandstr. 19, 2. E.

Verloren ein kleiner grauer Kragen an der Obertrabe. Abzugeben
Hartengrube 42.

Ohrringe werden eingetauscht (Paar 30 Pfg.) bei Frau **E. Hannemann**, obere Marlesgrube 6, parterre.

Jeden Dienstag und Freitag Abend, sowie Mittwoch und Sonnabend Morgen empfiehlt
vorzügliches Cimerbier
C. Westphal, Bahnhofsstraße 37.

Die Schweine-Schlachtere

von

W. Strohsfeldt

73 Glockengießerstraße 73
empfehlst:

Frische Flahnen, Pfd. 60 Pfg.
Sarbovade Pfd. 70 Pfg.
Quenfleisch Pfd. 50 Pfg.
Erstmal Schmalz Pfd. 60 Pfg.
Graten-Schmalz Pfd. 30 Pfg.
Kopf und Bein Pfd. 20 Pfg.
Geräucherter Speck Pfd. 60 Pfg.
Gehackte Mettwurst Pfd. 60 Pfg.
Geräuch. Mettwurst Pfd. 70 Pfg.

Neue Berger Sommerfang-

Flohm-Heringe

sind eingetroffen und empfiehlt

Heinrich Koop,
4 Markttwiete 4.

Achtung Bauarbeiter!

Heute Dienstag den 17. August

Ausserordentl. Mitgliederversammlung

im Lokale des Herrn Schlichting, Schmiedestraße 20, („Tonhalle“).

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Lohnkommission über die Antwort der Meister.
2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Lohnkommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Einladung zum

Sommer-Fest

bestehend aus Concert u. Ball, Damen- u. Kindervergügen
am Sonntag den 22. August

im Lokale des Herrn **W. Dahler, Colosseum.**
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr. Entree im Vorverkauf Herren 50 Pfg., wofür eine Dame frei, an der Cassé 60 Pfg. Damenkarte 20 Pfg., wofür Garderobe.
Karten sind zu haben beim Vorstand und sämtlichen Vertrauensleuten.

Das Fest-Comitee.

Sommerfest des Athletenclub Atlas

verbunden mit Concert, Vorstellung und Ball
am Sonntag den 22. August 1897

im Lokale des Herrn **Hümmler, Hansa-Halle.**
Kasseneröffnung 4 Uhr. Anfang des Concerts 4 1/2 Uhr. Vorstellung präcise 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Grosse Laternen-Polonaise.**
Herrenkarte 60 Pfg., eine Dame frei. Damenkarte 20 Pfg., wofür Garderobe frei.
Kinder in Begleitung der Eltern haben Zutritt bis zum Ball.

Das Comitee.

Matjesheringe

empfehlst in guter Qualität
Heinrich Koop
Markttwiete 4.

A. Schierwater

Hamburg, Böhmensfr. 48,
Musikalienverlag und -Handlung.
Großes Lager von Hörnern, gem. Chören, Soli u. Streng reelle und prompte Besorgung. Catalog gratis. Größter Beifall: „Lob des Arbeiterstandes“ Männerchor von Möller, 15 Pfg.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:
Die Zukunft der deutschen Gewerkschaften und ihre nächste Aufgabe.
Mit einem Vorwort: Die Thätigkeit der Vertrauensleute in der Organisation.
Von **Friedr. Hoffmann.**
Preis 15 Pfg.

Quartett-Verein „Amicitia“
Ausserordentliche General-Versammlung
am Sonnabend den 21. August
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinslokal (Herrn Schneider, Johannisstr.).
T. D.: Vorlegung der neuen Statuten und Verschiedenes.
Der Vorstand.

Achtung Maurer!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 18. August
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:
1. Vereinsangelegenheiten.
2. Kartellbericht.
3. Fragelasten und Verschiedenes.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.
Der Vorstand.

Friedrich-Franz-Halle
Vogelschießen und Ball
am Mittwoch den 18. Aug.
Anfang des Schießens 10 Uhr.
Von 4-7 Uhr Garten-Concert.
Von 7 Uhr an Ball.
Hierzu ladet ergebenst ein
F. Holst.

Tivoli-Theater.
Mittwoch den 18. August, 8 Uhr
Extra-Vorstellung zu halben Preisen.
Unwiderrücklich letzte Aufführung
Die Weber.
Parterre 30 Pfg.